

- 1 Trumps monströser Verrat an der Ukraine
- 6 Studie und Petition zu Femiziden
- 8 Zwei Jahre im Sicherheitsrat – eine Bilanz
- 12 Der Holodomor: Völkermord in der Ukraine

- 16 Karte der UNO-Friedenseinsätze 2024/2025
- 18 Der Friedensrat wird im Dezember 80
- 24 Friedensbewegung: die deutsche Doppelmoral
- 29 Stimmen aus Russland gegen den Krieg

Kein nachhaltiger «Frieden» für die Ukraine in Sicht

Der monströse Verrat

Am 24. Februar 2025, dem dritten Jahrestag der Invasion Russlands in die Ukraine, brachte das angegriffene Land gemeinsam mit der EU eine Resolution in der UNO-Generalversammlung ein, die einmal mehr einen sofortigen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine forderte. Sie wurde mit einer Mehrheit von 93 Stimmen angenommen. Die USA stimmten gemeinsam mit Russland, Nordkorea, Nicaragua, Ungarn und Israel dagegen – bei vornehmer Zurückhaltung Chinas und einiger Staaten des globalen Südens.

Wenig später brachten die USA eine Gegenresolution im UNO-Sicherheitsrat ein, die einen «Frieden» in der Ukraine verlangte, ohne auch nur mit einem Wort auf den Kriegsverursacher hinzuweisen und die mit den Stimmen von Russland und China angenommen wurde. Mehr Verrat an den UNO-Prinzipien und der kriegsversehrten Ukraine ist nicht denkbar. Angesichts eines absehbaren Diktatfriedens der USA und Russlands über die Ukraine.

/ Peter Weishaupt /

die Ukraine, ohne die europäischen (Noch-)Verbündeten. Umkehrung der Schuldfrage: Der ukrainische Präsident hat mit dem Krieg angefangen und ist sowieso ein Diktator. Vorwegnahme eines Diktatfriedens: Die Ukraine soll die von russischen Truppen eroberten Gebiete im Osten an Putin abgeben, ohne irgendwelche Sicherheitsgarantien zu erhalten, künftig wieder von ihr angegriffen zu werden. Abwälzung der Verantwortung: Europa und die EU sollen die Waffenstillstandslinie militärisch absichern und die Ukraine hundertemilliardenschwer wiederaufbauen.

Das absolute Gewaltverbot der UNO, die Unverletzbarkeit von Grenzen, die Souveränität aller Staaten, alles, was die UNO seit 80 Jahren ausmacht: Tempi passati. Für Russland schon lange, jetzt auch für die derzeitige Regierung in Washington. Deren Vorsteher macht, kaum in seinem neuen Amt, Tabula rasa. Nicht nur zu Hause, sondern auf der ganzen Welt. Verhandlungen zur Einstellung der Kriegshandlungen in der Ukraine: ohne



Trumps Rocky Horror Picture Show

Das alles garniert Donald Trump mit einem schändlichen Kolonialvertrag für einen nachträglichen (für bisherige US-Waffenunterstützung) und künftigen Raubzug auf die Bodenschätze in der verbliebenen Restukraine, nicht nur auf begehrte Rohstoffe wie seltene Erden, sondern auch auf Öl und Gas. Wenn Washington die «Friedensbemühungen» im gleichen Tempo und in

Fortsetzung Seite 2

der eingeschlagenen Richtung fortentwickelt, dürfte es nicht wundern, wenn dann auch noch Hand auf die ukrainischen Weizenexporte gelegt würde, während Moskau erlaubt wird, all dies in den besetzten Gebieten – nicht nur die beiden Donbas-Oblasten Donezk und Luhansk, sondern auch weite Teile von Cherson und Saporischschja – zu tun. Das alles würde selbstverständlich ohne erkennbare Gegenleistung der Russischen Föderation geschehen, vielmehr in Verbindung mit der Aufhebung der Sanktionen, um mit Moskau wieder ins Geschäft zu kommen, als Belohnung. Mehr Verrat ist nicht denkbar.

Da verlassen selbst die weiteren imperialen Ankündigungen des US-Staatsoberhauptes: Gebt uns den Panamakanal zurück, damit wir den Welthandel unter Kontrolle halten können, schenkt uns ganz Grönland, damit wir dessen Bodenschätze plündern können, wenn bald das Eis verschwindet, deportiert die Gaza-BewohnerInnen irgendwohin

und lasst uns dort ein Gaz-a-Lago, eine Riviera des Nahen Ostens, einrichten.

Pfeifen im dunklen Wald

Stand Redaktionsschluss Ende Februar 2025 sind wir und auch niemand sonst in der Lage, eine halbwegs seriöse Einschätzung des Geschehens vorzunehmen – wir hätten eine solche gerne vom russischen Schriftsteller Michail Schischkin hier abgedruckt, doch sah er sich ausserstande, in der jetzigen Situation etwas auszusagen, das über den nächsten Tag hinaus Gültigkeit hätte (siehe Seite 28). Verharmlosend oder angsterstarrt beschwören europäische Kommentare, das Verhalten Donald Trumps sei als Dealmaker zu verstehen: erst bizarre Forderungen aufstellen, um nachher etwas zurückzukrebsen und dann seine Ziele erfolgreich durchzuboxen. Das ist Pfeifen im dunklen Wald.

Trotzdem sollen hier einige Bemerkungen zur Aufnahme sogenannter Friedensverhandlungen zwischen den USA und Russland über die Ukraine folgen, im Sinne einer Einordnung der derzeitigen Entwicklung.



FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Johann Aeschlimann, Pascal Beucker, Katharina Granzin, Balthasar Glättli, Robert Lanz, Halyna Petrosaniak, Michail Schischkin, Liliane Studer, Ruedi Tobler.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 1: Kichka; Seiten 2/3: Kittihawk; Seite 9: EDA; Seiten 12-15: Alexander Wienerberger; Seiten 16/17: zif-Berlin; Seite 18: Guido Nussbaum; Seite 26: SFR; Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., März 2025

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag begriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492.

Erstens geht es hier nicht um eine Friedenslösung. Im besten Fall kommt es zu einem Waffenstillstand. Das wäre nicht nichts, das russische Schlachten und Bombardieren fände einen vorläufigen Unterbruch. Mit einem Friedenszustand hat dies aber nichts zu tun. Denn auch hier gilt: no justice, no peace. Historisches Beispiel ist der Koreakrieg von 1950 bis 1953, dessen Waffenstillstandslinie zwischen dem Norden und

dem Süden die Teilung Koreas zementierte. Bis heute kam jedoch kein Friedensvertrag zustande. Zwar ist der Krieg eingefroren, doch stehen sich nach wie vor zwei hochgerüstete Länder unversöhnlich gegenüber, davon das nördliche durchmilitarisiert und mit immer gefährlicherer atomarer Aufrüstung. Daran hat bekanntlich Trumps erste Regierungszeit nichts geändert.





Das Duo Infernale

Zweitens dürfte es zu keiner schnellen Waffenruhe kommen und diese eher einer russischen Verschnaufpause dienen. Russland hat zwar seine Ziele in den letzten drei Jahren in keiner Weise erreicht (siehe Kasten Seite 4), sich aber auf nachhaltige Kriegswirtschaft konzentriert, wähnt sich auf kontinuierlichem Siegeskurs und verfügt über genügend menschliche und militärische Ressourcen, um seinen Abnutzungskrieg durchzuhalten, im Gegensatz zu der angegriffenen Ukraine. Von einem nachhaltigen gesellschaftlichen Widerstand in Russland gegen die «militärische Spezialoperation» ist längst nichts mehr zu spüren. Wieso und wo soll Putin grosse Zugeständnisse machen, insbesondere weil Trump ihm schon vor Verhandlungsaufnahme weitgehend entgegengekommen ist?

Drittens wird die Waffenruhe nicht zwingend standhalten, selbst wenn es zu einem Einfrieren der Frontlinie kommt. Denn was geschieht, wenn die Bevölkerung in den eroberten Gebieten von den Besatzern weiterhin unterdrückt, terrorisiert oder nach Russland deportiert wird? Dagegen wird sich Widerstand entwickeln. Die von Russland annektierten Ge-

Fortsetzung Seite 4

Kulturzerstörung

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurden zahlreiche Kulturstätten beschädigt oder zerstört. Laut Unesco wurden bis zum 22. Januar 2025 insgesamt Angriffe auf 476 Kulturstätten verifiziert, darunter 149 religiöse Stätten, 241 Gebäude von historischem oder künstlerischem Interesse, 32 Museen, 33 Denkmäler, 18 Bibliotheken, ein Archiv, zwei archäologische Stätten.

Darunter sind das Museum der bildenden Künste in Odessa, das Theater in Mariupol, das Museum für den Philosophen Hryhorii Skovoroda in Charkiw. In Winnyzja wurde das Kulturhaus mit Marschflugkörpern zerstört, in Tschernihiw ein Theater, in Cherson wurde die Bibliothek mehrfach beschossen. Die tatsächliche Zahl könnte noch höher liegen, da nicht alle Fälle dokumentiert sind. Die Zerstörung von Kulturstätten ist ein Kriegsverbrechen, da sie erhebliche Verluste für das kulturelle Erbe darstellen.

Editorial

Ohne Gerechtigkeit kein Friede

Kürzlich wurden wir – nicht zum ersten Mal – von einem Putin-Proll angeschrieben. Der uns einen Verrat am Pazifismus vorwarf, weil wir Partei im Krieg gegen die Ukraine ergriffen hätten. Der mutmasste, «externe Finanzierungsquellen» hätten diese Abkehr von unseren früheren Prinzipien «begünstigt». Der meinte, wir hätten den Namen Friedensrat nicht mehr verdient, weil wir uns nicht mehr klar gegen Gewalt und Krieg aussprächen. Abgesehen davon, dass der Absender natürlich anonym blieb, konnte das KI-generierte Mail nicht einmal unseren Namen richtig schreiben und nahm auch auf keinerlei konkrete Stellungnahmen und Positionen Bezug, die die Anklage irgendwie gestützt hätten.

Doch in einem hat er recht. Wir haben seit dem 24. Februar 2022 anhaltend Partei für die angegriffene Ukraine genommen. Auch am dritten Jahrestag der Invasion Russlands zur Kundgebung der ukrainischen Vereine in der Schweiz auf dem Berner Bundesplatz aufgerufen und deren Forderungen unterstützt (siehe Seite 26 dieser Ausgabe). Wir haben ukrainischen wie russischen AutorInnen in unserer Zeitung kriegskritischen Raum gegeben. Wir werden dies auch weiterhin tun, auch wenn Stimmen gibt, die das etwas übertrieben finden, schliesslich gäbe es auch noch andere Probleme. Doch wir bleiben dabei: Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden für die Ukraine.

Wir sind nachhaltig geschockt über diesen verheerenden Krieg in Europa, 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 80 Jahre, in denen zwar die Blockkonfrontation im lähmenden Kalten Krieg dominierte, der aber nie in einen heissen ausartete. Denn wir wollen und können uns nicht daran gewöhnen. Die Folgen des drei- bis vierjährigen Krieges mitten in Europa, wenn es denn zu einer vorläufigen Waffenruhe entlang der jetzigen Front käme, werden uns noch sehr lange beschäftigen.

A propos internationale Solidarität: Noch in diesem Jahr könnte es zur Abstimmung über die sogenannte Neutralitätsinitiative kommen, die verhindern will, dass künftig Sanktionen gegen Kriegsverbrecherstaaten ergriffen werden können. Da wären wir froh, externe Finanzierungsquellen für den Abwehrkampf zu erhalten. Danke im Voraus.

Peter Weishaupt

biete dürften noch Jahrzehnte Konflikt-herde bleiben, jedenfalls weit entfernt von einem Friedenszustand sein und eher einem Friedhofsfrieden gleichen.

Viertens dürfte Trumps Idee, europäische Truppen zur Absicherung an die Waffenstillstandslinie zu schicken, kaum durchzusetzen sein. Zum einen ist es unwahrscheinlich, dass Putin das zuliesse, dessen Hauptbegründung für den Einmarsch vor drei Jahren das Näherücken der Nato an die russische Grenze war. Zum anderen wäre es für Europa heikel, denn dann stünden sie direkt russischen Truppen gegenüber und könnten tendenziell in einen Krieg mit Russland verwickelt werden.

Im Übrigen verstellt die oft wiederholte Aussage, dass jeder Krieg durch Verhandlungen endet, den Blick dafür, dass in den meisten Fällen das Ergebnis durch den Kriegsverlauf, sprich durch den militärischen Erfolg, vorgegeben war. Das soll nicht heissen, dass keine Waffenruhe angestrebt werden soll. Eine solche hat aber nicht viel mit einem Friedenszustand zu tun.

Ende des demokratischen Westens

Wenige Stunden vor Abgabe dieser Ausgabe in den Druck zeigte die amerikanische Regierung ihr wahres Gesicht. Der Streit vor laufender Kamera im Oval Office, dem Amtssitz des Präsidenten,

zwischen ihm, seinem Vize J.D. Vance und dem herbeizitierten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj samt anschliessendem Rauswurf hat jegliche Illusion um die angeblichen Friedensbemühungen der US-Regierung zerstört. Weil Selenskyj den Rohstoff-Knebelvertrag nicht ohne Sicherheitsgarantien unterschreiben wollte, bezichtigten ihn die US-Führer, keinen Frieden zu wollen und einen dritten Weltkrieg anzuzetteln. Kurz darauf berichteten US-Medien, die Regierung könnte den Rest der von Amtsvorgänger Joe Biden bewilligten Militärhilfen, die in sechs Monaten auslaufen sollen, nicht ausliefern.

Währenddessen startete die russische Armee wie fast jede Nacht seit Monaten heftige Drohnenangriffe, beschoss die ukrainischen Grossstädte Odessa und Charkiw und zerstörte unter anderem ein Krankenhaus. Sie übertönten die Sektkorken aus dem Kreml, die Putin knallen liess, um dank Trump den grössten Triumph seit Beginn seines Überfalls auf das Nachbarland zu feiern.

Der scheidende US-Präsident Joe Biden hatte das Land vor seinen Nachfolgern gewarnt: Die Macht liege nun in den Händen «einiger weniger ultrareicher» Leute, dieser Tage wandelten sich die USA in eine Oligarchie, eine «echte Gefahr für die Vereinigten Staaten». Und für die ganze Welt, ist anzufügen. Schon der Auftritt von J.D. Vance an der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar hatte verdeutlicht, dass Trumps

Oligarchenregierung sich als Leader der weltweiten rechtsradikalen autokratischen Bewegungen gebärdet, die allesamt Putin in seinem Vernichtungskrieg unterstützen. Für die verbliebenen europäischen demokratischen Länder kann hier Appeasement keine Strategie sein, denn aus einem Freund ist ein Feind geworden.

Putin hat kein Kriegsziel erreicht

Drei Jahre nach dem Blitzangriff auf Kyjiw hat Russland keines seiner Kriegsziele erreicht. Kyjiw wurde nicht eingenommen, und nach dem Scheitern der anfänglichen Invasion hat Russland keinen zweiten Versuch gestartet. Seit 2022 wurde keine einzige zusätzliche ukrainische Gebietshauptstadt von Russland dauerhaft eingenommen. Zunächst vergrösserte Russlands Blitzkrieg das russisch besetzte Territorium in der Ukraine von rund 43'000 Quadratkilometern, also die Krim und Teile der Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson, auf rund 152'000 – das ist ein Viertel der Ukraine. Aber schon Ende November 2022 waren davon nur noch gut 105'000 übrig, und nach jahrelangen Angriffswellen mit Hunderttausenden Toten sind es mittlerweile erst wieder 113'000.

International begründete Russland seinen Krieg immer damit, die Nato fernhalten zu wollen. Doch in den drei Jahren ist das Bündnis durch die Aufnahme Schwedens und Finnlands grösser geworden, nicht kleiner, und hat einen neuen Sinn für sich entdeckt. Innenpolitisch wollte Russland die Ukraine «entmilitarisieren» und «entnazifizieren», also ein Satellitenregime einsetzen, das den ukrainischen Freiheitsgedanken auslöscht. Die UkrainerInnen sollten sich daran erinnern, dass sie eigentlich RussInnen seien und damit Untertanen des Kreml. Folter und Mord, Ausradierung ganzer Städte, Verschleppung ukrainischer Kinder, Zwangsrussifizierung und Sprachverbot sollten dieser Erinnerung auf die Sprünge helfen. Doch nie war das ukrainische Nationalbewusstsein stärker als in diesem Krieg, ohne dass damit autoritäre Strukturen entstanden wären.



Aus für die Minenräumung in Kambodscha

In Kambodscha waren die USA bisher der grösste Finanzier der Landminen-Beseitigung. Denn immer noch liegen dort Blindgänger aus vergangenen Kriegen.

/ Robert Lanz /

Am 17. Januar starben in Kambodscha zwei Minenräumer beim Entschärfen einer Panzerabwehrmine. Pov Nepin und Oeun Chandara sind die ersten Minenopfer des Landes 2025. Letztes Jahr starben dort 49 Menschen durch Minen und andere nicht explodierte Kampfmittel, sogenannte UXO, 53 Prozent mehr als 2023. Dieses Jahr könnten noch mehr KambodschanerInnen durch explosive Überreste der Konflikte der letzten Jahrzehnte sterben oder schwer verletzt werden. Denn das Einfrieren der US-Entwicklungshilfe durch Präsident Donald Trump hat zur Vollbremsung der Minenräumung in Kambodscha geführt. Eigentlich hätte das Land zum Ende dieses Jahres minenfrei werden sollen.

Heng Ratana, Leiter des Cambodian Mine Action Centre (Cmac), sagte dem Regierungssprachrohr Fresh News, die US-Regierung hätte dem Cmac vom März 2022 bis 30. November 2025 Unterstützung von insgesamt 6,4 Millionen US-Dollar zugesagt. Von März 2022 und bis Ende Januar 2025 habe Cmac auf 11'195 Hektar 27'022 Minen und UXO, darunter 69 grosse Fliegerbomben, zerstört. Dabei handele es sich auch um Kriegsrückstände von Kampfmitteln aus den USA.

Folgen des jahrzehntelangen Krieges – auch der USA

Die Vereinigten Staaten sind in Kambodscha der grösste Einzelfinanzier der Minenräumung. Das südostasiatische Land ist durch jahrzehntelange Konflikte – Bürgerkrieg, Rote Khmer, US-Bombenangriffe während des Vietnamkrieges – eines der am stärksten verminnten Länder der Welt. Die meisten Minen hatten die Roten Khmer gelegt, nachdem sie 1979 durch Vietnams Invasion von der Macht verdrängt worden waren. Doch auch das vietnamesische und thailändische Militär sowie verfeindete lo-

kale Fraktionen verlegten Minen. Schätzungen gehen von bis zu acht Millionen UXOs aus – darunter auch Blindgänger der US-Luftwaffe –, die noch im Boden von acht Provinzen liegen.

Betroffen vom Stopp der USAID-Mittel sind auch die UXO-Räumaktionen im benachbarten Laos. Dort sind vor allem die Millionen Sprengkörper aus den Streubomben das Problem, mit denen die USA im Vietnamkrieg die Ho-Chi-Minh-Pfad genannten Nachschubrouten des Vietcong bombardierten. Laos gilt auch heute noch als das am schwersten bombardierte Land der Welt und als das mit der grössten Kontamination durch nicht explodierte Streumunition.

Das Einfrieren der USAID-Hilfe gilt zunächst für 90 Tage (ab dem 20. Januar). Die Internationale Kampagne für das

Verbot von Landminen hofft, «dass die Entscheidung zur Wiederaufnahme dieser Unterstützung rasch getroffen wird, da jede Reduzierung der Unterstützung für globale Minenräumprogramme enorme humanitäre Folgen haben würde». Der Betreiber von Kambodschas Landminenmuseum bei Siem Reap, Aki Ra, der als Kindersoldat für die Roten Khmer Minen verlegen musste und nach dem Sturz ihres Regimes zum Minenräumer und einem Aktivisten gegen Landminen wurde, sagte schon vor einigen Jahren dem Autor: «Wir können die Vergangenheit nicht ändern. Aber wir können dazu beitragen, dass Kambodscha eine bessere Zukunft hat.» *taz 5.2.2025*



Montag, 31. März 2025
19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Menschenrechte unter Druck
Die mögliche Rolle nationaler Menschenrechtsinstitutionen
mit Stefan Schlegel

Jurist und Direktor der Schweizerischen Menschenrechtsinstitution SMRI

Die Menschenrechte sind derzeit in der Schweiz und überall auf der Welt stark unter Druck. Ausgerechnet in dieser Situation hat die Schweiz nach langen Anstrengungen eine nationale Menschenrechtsinstitution erhalten. Ihr Direktor stellt die Institution vor und stellt deren Aufgaben und Chancen zur Diskussion.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 27. März 2025 an und erhält dann den Zugangscode.

Ältere Männer mit Zugriff auf Waffen

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat am 26. Februar 2025 eine Studie herausgegeben, die die Hintergründe von Tötungsdelikten mit Schusswaffen im häuslichen Bereich beleuchtet. Die beiden Autorinnen der Studie, Simone Walser und Nora Markwalder von der Universität St. Gallen, kritisieren, dass Informationen zu Legalität und Herkunft der Schusswaffen bei Femiziden oft fehlen. Trotzdem sind die Befunde eindeutig: Das Risiko für Frauen, von ihren Männern ermordet zu werden, steigt mit deren Alter (über 60 Jahre) und deren Nationalität (Schweizer). Letzteres, weil sie besseren Zugang zu Schusswaffen haben.

/ Peter Weishaupt /

Tötungen mit Schusswaffen sind in der Schweiz in den letzten 30 Jahren deutlich gesunken, und mittlerweile haben Stichwaffen die Schusswaffen als häufigsten Modus Operandi bei Tötungsdelikten abgelöst. Allerdings ist der Einsatz von Schusswaffen im häuslichen Bereich nur leicht gesunken – parallel zum allgemeinen Trend bei Tötungsdelikten gegen Frauen, der entgegen demjenigen zwischen Männern, der stark rückläufig war, stabil geblieben ist. Dies verdeutlichen die Daten aus dem Swiss Homicide Monitor, einer Datenbank mit allen vorsätzlichen vollendeten Tötungsdelikten, die in der Schweiz von 1990 bis 2022 begangen wurden.

Rückgang beim Waffenbesitz hat kaum Auswirkung auf Femizide

Insgesamt war von den Tötungsdelikten im häuslichen Bereich, die in den Erhebungsjahren 2015 bis 2022 61 Prozent aller Tötungen in der Schweiz ausmachten, ein Drittel mit Schusswaffen erfolgt. Damit sind rund ein Fünftel aller Tötungsdelikte mit Schusswaffen solche im häuslichen Bereich. Der deutliche Rückgang des Schusswaffenbesitzes in Schweizer Haushalten in den letzten Jahren scheint insbesondere beim Einsatz von Schusswaffen gegen Frauen in der Partnerschaft kaum Einfluss gehabt zu haben, so der Befund der Studie.

Wie ist dies zu erklären? In sogenannten Beziehungsdelikten, in denen Schusswaffen eingesetzt werden, werden sie von Männern eingesetzt (98 Prozent). Auffallend ist, dass diese deutlich älter als ihre Partnerinnen sind. Dabei fällt auf, dass diese Männer öfter erst ihre Partnerin und dann sich selbst töten – entweder als «gemeinsamen» Suizid dargestellt oder aus «Mitleid» wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit der Partnerin. Zwar sind in knapp einem Viertel der Fälle Trennungen von Tätern und Opfer als Motiv ausschlaggebend, der Suizid des Täters nach vorangegangenem Mord an der Partnerin (23 Prozent) und Mitleid (13 Prozent) sind jedoch ebenfalls häufige Motive.

Doppelt so viele Morde durch Schweizer als durch Ausländer

Auffällig ist weiter, dass Schweizer Männer bei Verwendung von Schusswaffen doppelt so häufig vertreten sind als bei Fällen ohne Schusswaffeneinsatz. Dies dürfte gemäss Studie damit zusammenhängen, dass Schweizer Männer wegen ihres Militärdienstes häufiger eine

Schusswaffe besitzen als Ausländer. Denn häufig ist die eingesetzte Schusswaffe (sofern diese Information überhaupt in den untersuchten Akten aufzufinden war) eine ehemalige Armeeewaffe. Interessant ist weiter, dass bei Tötungen mit Schusswaffen seltener psychische Auffälligkeiten aktenkundig waren oder als Tatmotiv vorlagen als bei solchen ohne Schusswaffen. Die Männer besaßen schlicht mehr und handlichere Schusswaffen, mit denen sich einfacher töten lässt als mit körpernahen Mitteln.

Dank eines strengeren Waffengesetzes, u.a. mit der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht, dank der Reduktion aktiver Armeeewaffen wegen des mehr als halbierten Armeebestandes seit den 1990er-Jahren und weil immer weniger Armeeangehörige ihre Dienstwaffe nach Dienstende nach Hause nehmen (von früher nahezu 90 Prozent noch etwa 13 Prozent im Jahr 2018) gibt es zwar erheblich weniger Schusswaffen in Schweizer Haushalten, doch wirkt sich dies möglicherweise bei Femiziden und Suiziden erst in einer jüngeren Männergeneration aus.

Petition an den Bundesrat

Wir fordern 350 Millionen für die Sicherheit der Frauen jetzt!

Nach einer Serie von Femiziden in den ersten beiden Monaten hat Brava (früher Terre des femmes) zusammen mit 70 weiteren Organisationen eine Petition lanciert, die den Bundesrat zum Handeln auffordert.

Frauen werden umgebracht und es passiert nichts. Das Jahr hat mit einem Feminizid pro Woche angefangen und der Bundesrat reagiert nicht. Mehrere Organisationen und Gruppen aus der Zivilgesellschaft und der Politik sind alarmiert. Sie fordern, das Problem endlich ernst zu nehmen, oben auf die politische Agenda zu setzen und sofort deutlich mehr Ressourcen, 350 Millio-

nen Franken, gegen geschlechtsbezogene häusliche und sexualisierte Gewalt zu investieren.

Wie viele Frauen müssen noch sterben, bis der Bundesrat endlich handelt? Das fragen sich die InitiantInnen der Petition. Diese fordert vom Bundesrat, die Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt endlich als höchste Priorität einzustufen. Die Gründe sind die erschreckenden acht Feminizide, die in den ersten acht Wochen des Jahres stattgefunden haben, sowie die Wut über das Schweigen und die Untätigkeit des Bundesrats. Es reicht nicht, gegen geschlechtsbezogene Gewalt zu sein, es müssen endlich auch die nötigen Res-

sources für die Bekämpfung der Gewalt zur Verfügung gestellt werden.

«Acht Leben wurden brutal ausgelöscht. Diese Feminizide hätten verhindert werden können, wenn geschlechtsbezogene Gewalt endlich ernst genommen würde», betont Julia Meier von Brava. Brava ist zusammen mit der Organisation Campax und den SP Frauen Initiantin einer Petition, die von mehr als 70 Organisationen und Kollektiven unterstützt wird. «Wir wollen endlich gehört und geschützt werden – durch besseren Gewaltschutz, konsequente Strafverfolgung und Präventionsarbeit, die verhindert, dass es überhaupt so weit kommt.»

2018 hat die Schweiz die Istanbul-Konvention ratifiziert. Sie enthält klare Massnahmen und Forderungen, um geschlechtsbezogene häusliche und sexualisierte Gewalt zu bekämpfen. Die Umsetzung in der Schweiz jedoch harzt: Hier ein kleines Projekt, da eine kleine Summe. Frauenhäuser und Beratungsstellen sind überlastet und unterfinanziert. Die Sexualstrafrechtsreform sowie die geplanten 24-Stunden-Beratungsangebote werden je nach Kanton mehr schlecht als recht umgesetzt.

Politische Untätigkeit

Dies wird der Realität von geschlechtsbezogener Gewalt aber nicht annähernd gerecht. «Gesellschaftliche Gleichgültigkeit, das Verharmlosen der Gewalt und die politische Untätigkeit kosten Frauen das Leben!», so Tamara Funicello, Co-Präsidentin der SP Frauen. «Die nötigen Massnahmen sind schon lange bekannt. Den Worten müssen endlich Taten folgen – dafür muss der Bundesrat endlich die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen und seine Aufgaben, die den Schutz der Bevölkerung beinhalten, endlich ernst nehmen.»

Momentan sind die Ressourcen gegen geschlechtsbezogene Gewalt in der Schweiz knapp. Das zeigt auch, welchen Stellenwert die Sicherheit von Frauen einnimmt. «Dies ist ein klares Zeichen: Die geschlechtsbezogene Gewalt – unter anderem die Tötung von Frauen oder die sexualisierte Gewalt – wird nicht ernst genommen. Es braucht endlich genügend Ressourcen, damit wir dieses tief verankerte Problem in unserem Land lösen können. Wir fordern 350 Millionen Franken jetzt, weil wir diese Situation nicht länger aushalten wollen. Es reicht.»

Unterschreiben!

<https://act.campax.org>

Die Kolumne von Balthasar Glättli

Bundespräsidentin auf Irrwegen

Wieder einmal die Schweiz als Kriegsgewinnlerin

Normalerweise sieht die schweizerische Iron-Lady, Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter, ja rot, wenn es um die Bundesfinanzen geht. Mitte Februar konnte Keller-Sutter aber frohe Nachrichten verkündigen. Wie jedes Jahr einmal, wenn nicht das Budget, sondern die Rechnung des Bundes im Fokus steht. Der Bund schloss 2,5 Milliarden Franken besser ab als geplant. Und wem dankte die Finanzministerin an ihrer Pressekonferenz besonders? Den Kriegsgewinnlern aus der Rohstoffbranche in Genf und Zug.

Diese Konzerne machen seit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine einen Reibach. Statt mit einer Kriegsgewinnsteuer die Sondergewinne abzuschöpfen und damit grosszügig die humanitäre Hilfe an die Ukraine zu verstärken, macht der Bundesrat aktiv die Augen zu. Sogar dann, wenn russische Firmen mit Sitz in Zug zur Putin-Finanzierung beitragen. So wie Russlands zweitgrösster Gas-Konzern Novatek. Die Pipelines von Gazprom werden sanktioniert. Die Flüssiggasschiffe nicht. Die Folge? Belgien, Spanien und Frankreich bezogen zuletzt mehr Gas aus Russland als vor Kriegsbeginn. Im Dezember gelangte die Rekordmenge von 2160 Mio. Kubikmeter Flüssiggas aus Russland in die EU. Die Flüssiggasfirma Novatek alleine schaufelte acht Milliarden Euro aus Europa in Putins Kriegskassen.

Doch damit nicht genug, nach der skandalösen Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance an der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 waren alle europäischen PolitikerInnen empört. Alle? Nein. Die Bundespräsidentin eines kleinen Landes fühlte sich angesprochen. Keller-Sutter hatte ein «Plädoyer für die direkte Demokratie» gehört, Vances Äusserungen seien «sehr liberal» und in diesem Sinne «sehr schweizerisch» gewesen. Was



aber ist die «freie Meinungsäusserung» nach Vance, die in Europa abgeschafft sei? Etwa diejenige der Trump-Administration? Nämlich keine Schranken für rechtsextremen Hass auf den Online-Plattformen, dafür Zensur Tausender von US-Regierungsseiten, weil darin so woke Wörter vorkommen wie Frauen, Minderheit oder – Gott bewahre – Gender und Diversität.

Hegt Keller-Sutter echte Bewunderung für den rechten Tech-Bro-Imperialismus? Unterstützt sie einen russischen Diktatfrieden? Ihr wahres Motiv ist wohl banaler: Anbiederung zwecks guter Geschäfte. Schon als Ständerätin hatte Keller-Sutter sich nach Putins Krim-Invasion für Dual-Use-Exporte nach Russland eingesetzt. Keller-Sutter hat also durchaus politische Prinzipien. Sie lauten: Business first!

Balthasar Glättli (*1972) ist seit 2011 Nationalrat der Grünen. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) und der Staatspolitischen Kommission (SPK-N).

Beharren auf dem Völkerrecht

2023 und 2024 war die Schweiz eines der zehn gewählten Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates. Die Bilanz: Sie konnte es. Aber in den bedeutendsten politischen Zeitfragen hatte sie nichts zu sagen.

/ Johann Aeschlimann /

Das herausragende Ereignis der schweizerischen Sicherheitsratsmitgliedschaft ist ein Non-Event: Das von der Schweizerischen Volkspartei heraufbeschworene «unkalkulierbare Risiko für unser Land» war keines. In der letzten Nationalratsdebatte zum Thema in einer Sondersession am 4. Mai 2023 hatte der SVP-Nationalrat Roger Köppel ein Mantra vorgetragen, das im Nachhinein wie die schrägen Warnungen eines Esoterikers vor dem nahenden Weltende wirkt. Nichts von den Befürchtungen ist eingetreten, obwohl die Mandatsperiode von internationalen Krisen gezeichnet war wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr Risiko geht nicht. Und obschon die Schweiz sich in allen Bereichen einbrachte, blieb sie unbehelligt.

Die Ausnahme ist Russland. Moskau geriet in den falschen Hals, dass die Eidgenossenschaft sich den europäischen Sanktionen gegen den Aggressor und seine Sekundanten anschloss. Natürlich war das eine Abkehr von der bisherigen Auslegung der Neutralität, und verständlicherweise hielten die Russen dies den Schweizern vor die Nase, einmal in formeller Ratssitzung. Die Schweiz parierte mit einer vorgestanzten Sprachregelung à la «Wir bleiben neutral, aber nicht in diesem Fall». Damit war die Sache vom Tisch. Kein anderes Ratsmitglied in keiner anderen Sitzung brachte die schweizerische Neutralität je auf. Sie mag für die eidgenössische Selbstvergewisserung bedeutsam sein, spielt aber für den Rest der Welt keine Rolle. Der Unmut der Russen äusserte sich darin, dass sie der Einladung der Schweiz zur Ratsreise nach Genf (75 Jahre Genfer Konventionen) nicht folgten.

Viel Betrieb auf steinigem Boden

Vor Antritt des Mandats hatte ein aus Interessenorganisationen gebildetes Netzwerk Multilateralismus gefordert,

«dass die Schweiz eine aktive und ambitionierte Politik» verfolge: «Die Schweiz soll klare Akzente setzen, und nicht unter Verweis auf die Neutralität passiv oder vage bleiben.» Hat sie das? Aktiv war die Schweiz ganz sicher. Sie hat sich an über 1600 Sitzungen beteiligt, bei 96 Resolutionen, 14 Sanktionsregimes, 24 Friedensoperationen, 13 «Präsidialerklärungen» sowie 77 «Presseerklärungen» mitgemacht, sie hat den Sanktionsausschuss Nordkorea präsiert und die «informellen Expertengruppen» zu «Frauen, Frieden, Sicherheit» und zu «Klima und Sicherheit» geleitet.

Was schaute dabei heraus? Weil die Zeichen der Weltpolitik derzeit auf Konfrontation stehen, ist der Sicherheitsrat an den Stellen blockiert, wo die «Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt» am stärksten bedroht ist. Das Paradebeispiel ist die Ukraine. Der russische Angriff und seine Folgen wurden in 79 Sitzungen behandelt, ohne dass auch nur ein Piep dazu geäussert werden konnte. Das russische Veto verhinderte es. Ähnlich im Fall Gaza. Sechs Mal wurden dem Rat Resolutionen vor-

Das FRIEDENSZEITUNGS-Dossier zur Schweiz im Sicherheitsrat

Wir haben sowohl die Kandidatur der Schweiz wie ihren Einsitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat in den Jahren 2023 und 2024 begleitet. Das Dossier kann für Interessierte als PDF-Sammlung bei info@friedensrat.ch bestellt werden.

Die vorbereitende Friedenszeitungs-Serie zur Kandidatur für den Sicherheitsrat:

Teil 1 in Nr. 32 vom März 2020: Die Schweiz auf dem Weg in den UNO-Sicherheitsrat – Chance für Schweizer Friedenspolitik (Markus Heiniger).

Teil 2 in Nr. 33 vom Juni 2020: Der Bedeutungsverlust institutioneller Friedenssicherung – die Vereinten Nationen unter Druck (Friedensgutachten 2019).

Teil 3 in Nr. 35 vom Dezember 2020: Interview mit Pascale Baeriswyl, der

UNO-Botschafterin der Schweiz in New York: Sicherheitsratskandidatur: A Plus for Peace.

Teil 4 in Nr. 36 vom März 2021: Sicherheitsratsmitglied 2023/2024 als Chance für friedensorientierte Schweizer Ausenpolitik (Markus Heiniger).

Teil 5 in Nr. 37 vom Juni 2021: Vielfrontenkrieg in und um Syrien – die Dauerblockade des UNO-Sicherheitsrates (Andreas Zumach).

Weitere Beiträge

– **Nr. 39** vom Dezember 2021: UNO-Sicherheitsrat und Schweizer Peacekeeping – welche Ambitionen hat der Bundesrat? (Markus Heiniger).

– **Nr. 40** vom März 2022: Amoklauf gegen die Sicherheitsratsmitgliedschaft –

die anhaltende Täubelei der SVP (Ruedi Tobler).

– **Nr. 43** vom Dezember 2022: Die Prioritäten der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat – was will und soll die Schweiz? (Fabien Merz).

– **Nr. 47** vom Dezember 2023: 75 Jahre UNO-Blauhelme – die UNO-Friedenssicherung vor grossen Herausforderungen (Corinne Bara).

– **Nr. 48** vom März 2024: Unumgängliche Knochenarbeit – eine Halbzeitbilanz des Schweizer Einsitzes im Sicherheitsrat (Christoph Wehrli).

– **Nr. 50** vom September 2024: Der Zukunftsgipfel der UNO – die kollektive Sicherheit, ein Pfeiler der UNO-Charta, wird konkretisiert (Ruedi Tobler).



gelegt, welche eine Waffenruhe und den Zugang humanitärer Hilfe zur abgeriegelten Zivilbevölkerung verlangten. Vier Mal legten die USA ihr Veto ein.

Die Schweiz als Federführerin

Aber wie sagte der Monaco Franze im deutschen Fernsehen? «Ein bisserl was geht immer.» Der Sicherheitsrat war nicht immer und überall «handlungsunfähig», also ausserstande, sich über Worte zu einigen (deren Umsetzung steht auf einem anderen Blatt). In einigen Fällen hatte die Schweiz als *penholder* (Federführerin) die Hand im Spiel. So bei der Autorisierung der syrischen Grenzöffnung für humanitäre Hilfe Anfang 2023, bei der Verlängerung der «multinationalen Stabilisierungsmacht» in Bosnien im November 2023 sowie bei den Resolutionen über humanitäre Ausnahmen bei UNO-Sanktionen und erneuerte Erinnerung an die Pflicht zum Schutz von humanitärem Personal.

Ein weiterer, wohl erst in der Fortsetzung einzuschätzender Erfolg ist die von der Schweiz traktandierte Debatte über den Zusammenhang zwischen Künstlicher Intelligenz und anderen technologischen Neuerungen auf Diplomatie und Friedenssicherung. Er wurde in einer «Präsidialerklärung» ausdrücklich anerkannt, womit das Thema im Blickwinkel des Rates verankert ist.

Erosion des Multilateralismus

Die Machtverhältnisse im Rat (EDA-Jargon: «Dynamik») waren in den zwei Schweizer Mandatsjahren durch den immer tieferen Gegensatz zwischen dem «Westen» auf der einen und Russland auf der anderen Seite und die Erosion multilateraler Verständigung geprägt. Der

Boykott von UNO-Institutionen oder der Austritt aus der UNO – etwa Israels, neuerdings auch der USA – ist denkbar geworden.

Die Russische Föderation profilierte sich dabei als Wortführerin eines Gegenentwurfs zur «westlichen», auf Menschenrechten, Demokratie und *rule of law*, der «Herrschaft des Rechts», gegründeten Weltordnung. Sie wurde und wird von Moskau als Maske für Neokolonialismus und Unterminierung der «Souveränität» nationaler Regierungen angeprangert (das ist kein Witz: der Vernichter der ukrainischen Selbstständigkeit hat im Rat mehrfach so geredet).

Unter expliziter Berufung auf die UNO-Charta zielt der Standpunkt des Herrn-im-eigenen-Haus auf die «Souveränität» von Nationalstaaten und die Eindämmung überstaatlichen Einflusses. Er wird von China oft mitgetragen und von afrikanischen Staaten goutiert, die sich zunehmend an den politischen «Missionen» der UNO auf ihrem Gebiet reiben. Die Schweiz hat sich in diesem Kontext positioniert und sowohl an der Zuständigkeit wie auch an der aktiven Intervention des Sicherheitsrates in blockierten Situationen festgehalten.

Einigung auf Gaza-Resolution

Im konkreten Ratsgeschäft prallten die zwei Anschauungen bei der Ausgestaltung von Missionsmandaten (Dienststellen für Menschenrechte? Umweltberater?) oder Sanktionsregime aufeinander. Im Sommer 2023 verweigerte Russland die Verlängerung des befohlenen «humanitären Zugangs» an der türkisch-syrischen Grenze, und im vergangenen Jahr machte es der Expertengruppe zu den Nordkorea-Sanktio-

nen den Garaus. Die Rolle der Schweiz als *penholder* und Ausschusspräsidentin wurde wertlos.

Unter den vorliegenden Machtumständen im Rat ist der Zusammenhalt der E10 («gewählte zehn» Ratsmitglieder) langfristig vielleicht das bedeutendste Phänomen während des Schweizer Mandats. Die zehn sind eine äusserst heterogene Gruppe, die vom Hamas-freundlichen Algerien und dem russlandgeneigten Mosambik über grosse Länder wie Japan oder Südkorea bis zum US-hörigen Albanien reichte. In beiden Mandatsjahren gelang es ihnen dennoch, sich auf den Text einer Gaza-Resolution zu einigen, die 2023 angenommen wurde (die USA enthielten sich der Stimme) und 2024 an einem amerikanischen Veto scheiterte. Es war das erste Mal, dass die E10 so geschlossen auftraten. Dass die Schweizer Diplomatie in New York dazu einen Beitrag leistete, ist gewiss. Es ist anzunehmen, dass die Passagen über die Einhaltung von Kriegs- und Völkerrecht die Handschrift von Bern tragen.

Schweizer Prioritäten

Unter dem Motto «A Plus for Peace» hatte die Schweiz vier Prioritäten ihrer Tätigkeit im Sicherheitsrat benannt. Erstens «nachhaltigen Frieden fördern». Zweitens «Schutz der Zivilbevölkerung». Drittens «Effizienz» im Ratsbetrieb. Viertens «Klimaschutz». Es liegt auf der Hand, dass die Umstände für greifbare Fortschritte schwierig waren. Im Bereich Frieden ist nicht ein Plus, sondern ein Minus zu verzeichnen. In Palästina und im Sudan wurden zwei

Fortsetzung Seite 10

zusätzliche neue Kriege vom Zaun gebrochen. Die Zivilbevölkerungen sind ungeschützt denn je. Der Ratsbetrieb wurde ineffizienter, indem jede sterile Ukraine-Sitzung der einen mit einer ebenso sterilen der anderen beantwortet wurde. Beim Klima gelang es, eine Handvoll KlimaberaterInnen in UNO-Missionen einzufügen, aber der Rest waren Stellungnahmen vor dem Mikrofon am Saaleingang.

Der klarste Beitrag zu den Ratsgeschäften war das Beharren auf der Einhaltung von Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht. Die Schweiz stellte sich eindeutig hinter den Entscheid des Internationalen Gerichtshofs, der Israel zur Mässigung auffordert, und ebenso klar hinter die Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Bei jeder Gelegenheit wiederholte sie ihr Mantra, dass Angriffe auf zivile Einrichtungen nie rechtens sind und die Proportionalität im kriegesischen Vorgehen zu wahren ist. Auch der radikalsten Auslegung hat sie eine Stimme gegeben und sagte wiederholt, das Kriegsrecht sei auch dann anzuwenden, wenn die Gegenseite sich nicht daran hält.

Das war auf die Situation in Gaza gemünzt und zielte direkt auf die Argumentation der israelischen Regierung und ihrer Parteigänger auch in der Schweiz. Bemerkenswert ist hier, dass solche Stellungnahmen weder in Bern, wo regiert wird, noch in Zürich, wo die Meinungen gemacht werden, irgendwelche Wellen geschlagen haben. Dabei ist anzunehmen, dass die Worte, die die Schweiz im Rat sprach und in Resolutionen einbrachte, in Bern wohl abgewogen wurden. Denn im konkreten Fall, gerade im Gazakrieg, bleibt umstritten, was kriegsrechtlich rechtens ist und was nicht. Was dem einen ein Kriegsverbrechen ist, gilt dem anderen als Kollateralschaden im legitimen Kampf.

In grossen Fragen nichts zu sagen

In New York zeigte die Schweiz klare Kante, aber im Tagesgeschäft von Bern waren die Konturen schwammig. Während sie im Sicherheitsrat das Hohelied des «Schutzes der Zivilbevölkerung» sang, zog die Schweiz in Bern der UNO-Hilfsorganisation UNRWA, die als Einzige jenen Schutz nachhaltig zu gewährleisten vermag, den Stecker. An einer Veranstaltung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik hat Markus

Mugglin die Diskrepanz nachgezeichnet. Die Deklarationen in New York wurden dadurch auf den Stellenwert der Sermone eines Pfarrers reduziert, der am Sonntag die Unvollkommenheit des Irdischen beklagt und werktags dafür sorgt, dass die Kirche im Dorf bleibt.

Der Gazakrieg ist nicht der einzige Fall, in dem Bern daran scheiterte, seine Prinzipien in realpolitisches Handeln zu übersetzen. Zu den gegenwärtigen Zeitenwenden – die Wiederkehr des nationalen Egoismus, die Verteidigung Europas als Kontinent gegen den Imperialismus aus Ost und West – hatte die Schweiz nichts zu sagen. Das liegt nicht an der Diplomatie, sondern an der in Bern definierten Aussenpolitik, die nach dem Diktum des Aussenministers eben auch Innenpolitik ist.

Warme Luft vom Aussenminister

Im Mai 2023 versuchte die Schweiz als Ratspräsidentin, auf der Höhe der Zeit zu agieren und der absehbaren Rückkehr zur Blockbildung etwas entgegenzuhalten. Sie organisierte eine Debatte über «Vertrauen» in den internationalen Beziehungen. Im Rat forderte Aussenminister Cassis eine «neue Sicherheitsarchitektur», aber dann kam nur warme Luft. Er hätte hier zum Beispiel an die «vertrauensbildenden Massnahmen» anknüpfen können, die in den 1970er-Jahren die Entspannung zwischen den Blöcken des Kalten Krieges begleitete. Er hätte skizzieren können, wie die Schweiz sich in einem angegriffenen Europa versteht, das sich nicht mehr auf Binnenmarktrichtlinien und Fördermilliarden beschränken kann, sondern auch verteidigen muss.

Vor der Schweizer Presse hatte Cassis angekündigt, er werde dem Rat den Unterschied zwischen Neutralität und «Gleichgültigkeit» ausdeutschen, aber es kam nichts. Seine Stellungnahmen beschränkten sich auf das Naheliegende, Offensichtliche und Unbestrittene: Bekenntnis zur OSZE, Bekenntnis zur UNO, Bekenntnis zum Multilateralismus. Der Redner beliess es bei Banalitäten: «Là où il y a la confiance, tout est possible.» Der peinliche Auftritt erinnerte an Fritz Reuters «ut mine stromtid», wo Inspektor Bräsig feststellt: «Die Armut kommt von der powerteh.»

In Bern etwas gelernt

Über die Direktbeteiligten in der Schweizer Mission in New York und der UNO-Abteilung in Bern hinaus war

das Sicherheitsratsmandat für mehrere hundert schweizerische Diplomatinen und Diplomaten eine Gelegenheit, Wissen und Können zu erwerben. Nicht nur die schiere Zahl, sondern auch die Schnelligkeit und die hohe Kadenz der Entscheidungsfindungen waren für den Berner Betrieb neu.

Verwaltungsintern praktiziert das EDA eine sehr weitgehende Mitsprache und Mitbestimmung. Auf der elektronischen Plattform CH@World wird zu jedem Geschäft eine interne Diskussion um die Schweizer Positionierung geführt. Alle Angehörigen der Bundesverwaltung aus jedem Departement können mitlesen oder sich einbringen. Für die Haltung im Sicherheitsrat wurde eine Kaskade von Entscheidungsinstanzen bis hinauf zum Bundesrat festgelegt, in welche auch die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments einbezogen wurden. In zwei Fällen entschied der Gesamtbundesrat. Der eine war die Neuschaffung einer multinationalen Friedenstruppe in Haiti. Der andere die Zustimmung zur UNO-Vollmitgliedschaft von Palästina, wo die Schweiz sich anders als like-minded europäische Staaten auf die Seite Israels und der USA schlug: Ja, aber nicht jetzt.

New Yorker Bühne schlecht genutzt

Der Sicherheitsrat ist auch eine Bühne. Der Ort, wo ein Land als eines unter nur fünfzehn Gelegenheit hat, sich darzustellen, seine Positionierung in der Welt zu erklären, zu zeigen, welche Welt es möchte. Das wurde nicht genutzt. Alles in allem war die Schweiz im Sicherheitsrat vor allem eines: vorsichtig. Sie machte keine Fehler. Dazu ein Detail: Als sich der Rat nach einer geschlossenen Sitzung zu Sudan nicht darauf einigen konnte, was der Vorsitzende in einer Presseerklärung sagen durfte, trat der slowenische Ratspräsident dennoch vor das UNO-Mikrofon am Saaleingang und redete zu den – wenigen – Medien. Eine Verletzung des *comment*, der sich die Schweizer Botschafterin enthielt.

Im Sicherheitsrat hätte die Regierung die Chance gehabt, aus dem Rat ins eigene Land hinauszureden und dem Volk zu Hause zu erklären, wie die Schweiz sich in den neuen Zeitläuften verhält und verhalten will. Die Chance wurde vertan, weil Bundesbern es nicht weiss. Und weil kein Bundesberner es sagen würde, wenn er es wüsste, weil er sich dann ausserhalb die parlamentarische Normalverteilung stellte.

Korrektur der Korrektur

Der Bundesrat meint es ernst: Am 12. Februar 2025 hat er die «Botschaft zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Aufnahme einer Abweichungskompetenz für den Bundesrat)» zuhänden des Parlaments verabschiedet. Damit will er die vom Parlament als indirekten Gegenvorschlag zur seinerzeitigen «Korrekturinitiative» gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer beschlossenen verschärften Bewilligungskriterien für den Kriegsmaterialexport, die seit bald drei Jahren in Kraft sind, wieder aushebeln, indem er für sich eine «Abweichungskompetenz» beansprucht.

Um die Hintergründe dieses Vorgehens zu verstehen, ist es sinnvoll, die Begründung des Bundesrates hier im Wortlaut abzudrucken: «Der Entwurf zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes sieht die Aufnahme eines neuen Gesetzesartikels vor, der dem Bundesrat die Kompetenz einräumt, im Falle ausserordentlicher Umstände zur Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes von den Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte abzuweichen. Der Bundesrat wäre auch weiterhin gehalten, die aussenpolitischen Grundsätze zu wahren und die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen, auch im Bereich der Neutralität.

Durch die Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das Kriegsmaterialgesetz soll der Bundesrat einen Handlungsspielraum erhalten, um die Ausfuhrpolitik für Kriegsmaterial an sich ändernde aussen- und sicherheitspolitische Gegebenheiten anzupassen. Dies würde es zudem erlauben, im Inland eine an die Bedürfnisse der Schweizer Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrechtzuerhalten und die aussen- oder die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zu wahren.

Die Anwendung der Abweichungskompetenz könnte zum Beispiel erforderlich werden, um im Rahmen der industriellen Zusammenarbeit zwischen Schweizer Zulieferbetrieben und Rüstungsunternehmen in Partnerstaaten, die plötzlich in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, die Ausfuhr bestimmter Einzelteile und Baugruppen aufrechtzuerhalten zu können. So wäre die Schweiz

auch in der Lage, die Rechtssicherheit von Offset-Geschäften im Zusammenhang mit Käufen von Rüstungsgütern der Schweizer Armee zu verbessern.

Der Bundesrat wäre weiterhin gehalten, die aussenpolitischen Grundsätze zu wahren und die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen. Zu diesen Verpflichtungen sind insbesondere die Einhaltung des Vertrags über den Waffenhandel, das Neutralitätsrecht, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zu zählen. Somit könnte die Abweichungskompetenz nicht für Kriegsmaterialeinfuhren geltend gemacht werden, die den relevanten neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen im Kontext eines internationalen bewaffneten Konflikts widersprechen.

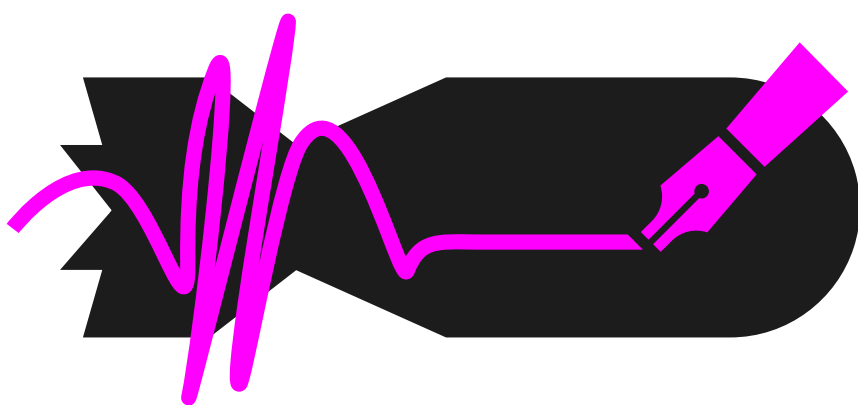
Darüber hinaus ist sie nicht vorgesehen, um Ausfuhren in Bestimmungsländer zu bewilligen, für welche schon heute auf Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens keine Bewilligungen erteilt werden (z. B. in Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen). Die Zielsetzung der Abweichungskompetenz liegt in der Aufrechterhaltung der Einbindung der Schweizer Sicherheits- und Rüstungsindustrie in die internationalen Wertschöpfungs-

ketten im Falle ausserordentlicher Umstände und aufgrund aussen- oder sicherheitspolitischer Überlegungen. Im Übrigen dürfte der Bundesrat nur für einen begrenzten Zeitraum von den Bewilligungskriterien abweichen; im Falle einer Anwendung der Abweichungskompetenz ist die Mitwirkung des Parlaments in der Vorlage geregelt.»

Referendumsvorbereitung

Wir haben über diese unappetitliche Zwängerei in der **FRIEDENSZEITUNG** vom Juni 2024 anlässlich der Vernehmlassung berichtet. Der Bundesrat ist trotz vielen ablehnenden Stellungnahmen, so etwa von den Kantonen Genf und Waadt, den Hilfswerken Caritas und Helvetas, dem Roten Kreuz oder dem Gewerkschaftsbund sowie den Parteien SP, Grüne und EVP, kein Jota von der Vernehmlassungsvorlage mit einem neuen Artikel 22b des Kriegsmaterialgesetzes abgewichen. Kritik gab es auch von der Gegenseite, insbesondere weil das Parlament nach vier Jahren einen bundesrätlichen Entscheid umstossen könnte, was für andere Länder, die langfristig planen, unberechenbar sei.

Inzwischen hat eine erste Zusammenkunft damaliger Mitglieder der Allianz der Korrektur-Initiative stattgefunden, die ein Referendum vorbereiten, für das möglicherweise, sollte das Parlament noch im Sommer der Vorlage zustimmen, bereits im Herbst Unterschriften gesammelt werden müssten. (pw)



ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

Unterschriften für ein Atomwaffenverbot jetzt: Wir brauchen dich!

In den sieben Monaten seit der Lancierung der Atomwaffenverbotsinitiative im Juli 2024 wurden fast 50'000 Unterschriften gesammelt. Es braucht also noch 60–65'000 Unterschriften bis Ende November dieses Jahres. Dafür sind Sammlerinnen und Sammler gefragt, die Knochenarbeit auf der Strasse oder bei Veranstaltungen leisten. Meldet euch bei www.go.atomwaffenverbot.ch

Die gezielte Aushungierung der ukrainischen Bevölkerung

Im Juni 2023 reichten 21 Personen aus der Zivilgesellschaft (unter ihnen Francine Perret vom Friedensrats-Vorstand) einen Offenen Brief an die Mitglieder des Nationalrates ein, in dem sie die- sen aufforderten, den Holodomor – die von Stalin Anfang der 1930er-Jahre bewusst herbeigeführte Hungersnot –, dem Schätzungen zufolge sechs bis sieben Millionen Menschen, unter ihnen vor allem UkrainerInnen, zum Opfer fielen, als Genozid anzuerkennen.

/ Halyna Petrosaniak /

Hintergrund des Briefes war das Postulat «Anerkennung des Holodomor in der Ukraine als Völkermord. Erinnern – gedenken – mahnen», das am 8. Dezember 2022 von der damaligen Grü-

nen-Nationalrätin Natalie Imboden und zehn weiteren ParlamentarierInnen aus allen Parteien eingereicht worden war.

Das Postulat Imboden

Das Postulat hätte eigentlich am 8. Juni 2023 im Nationalrat behandelt werden sollen, wurde dann aber in die Herbst-session 2023 verschoben. Im Postulat ging es darum, den Holodomor (wörtlich: Tötung durch Hunger) gegen die Zivilbevölkerung in den 1930er-Jahren in der damaligen Ukrainischen Sowjetrepublik als Genozid anzuerkennen. Zur Begründung schrieb Natalie Imboden:

«In den Jahren 1932/33 ereignete sich in der Sowjetunion eine der grössten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts. (...) In der Sowjetunion wurde die Grosse Hungersnot mit einem Tabu

belegt. Der Holodomor begann mit zwei Missernten in den Jahren 1931 und 1932. Trotz des Hungers der Landbevölkerung erhöhten die Parteikader [diese sass in Moskau und erteilten ihre Befehle von dort / Anm. H.P.] die Abgabenquote der Bauern und requirierten Tonnen Getreide in der Ukraine, welches grösstenteils zur Devisenbeschaffung auf dem Weltmarkt verkauft wurde.

Nach der Historikerin Anne Applebaum [*Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine*, 2019; vgl. auch **FRIEDENSZEITUNG** 31/19] entschied Josef Stalin im Herbst 1932, die Hungerkrise gezielt gegen die Ukraine zu nutzen. (...) Angesichts des völkerrechtlichen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine und damit verbunden dieses Angriffs auf europäische Werte, braucht es die Schaffung einer europäischen und auch schweizerischen Öffentlichkeit für die Thematik Holodomor, welche erinnert, gedenkt und mahnt. Der Deutsche Bundestag hat am 30. November 2022 den Holodomor in der Ukraine als Völkermord anerkannt.»

Bundesrat beantragte Ablehnung

Der Bundesrat beantragte dem Parlament am 22. Februar 2023 die Ablehnung des Postulats und fügte in seiner Stellungnahme als Begründung an: «Der Bundesrat anerkennt das Leid und die Opfer auf dem Territorium der heutigen Ukraine [korrekt müsste es anstelle von «Territorium der heutigen Ukraine» heissen: «in der damaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik» / Anm. H.P.] infolge des Holodomor 1932/33. Entsprechend hat die Abteilung für Frieden und Menschenrechte des EDA am 26. November 2022 öffentlich auf den Holodomor als absichtlich herbeigeführte Hungerkatastrophe hingewiesen. Mit der Öffnung sowjetischer Archive erhielt die Geschichts- und komparative Genozidforschung um die Jahrtausendwende wichtige Impulse. In der Forschung ist heute weitgehend unbestritten, dass das stalinistische Regime gezielt insbeson-



Beamte auf dem Grundstück eines Dorfbewohners

Dieses Foto wurde 1932/33 aufgenommen und zeigt Beamte, die vor dem Haus auf dem Grundstück eines Dorfbewohners auf der Suche nach versteckten Lebensmitteln im Boden suchen. Mit den langen dünnen Stangen mit einem scharfen Ende, die die Männer in der Hand halten, stachen sie in den Boden, wo er weicher schien. Wenn die Stange leicht in den Boden eindrang, aber plötzlich durch etwas Hartes behindert wurde, hielten sie an und gruben in diesem Bereich, um zu finden, was die Stange behindert hatte. Hier wurden zwei Fässer mit dieser Methode gefunden und beschlagnahmt.



Charkiw - Opfer des Holodomor

Dieses Foto wurde 1933 in Charkiw aufgenommen. Es stammt aus der Sammlung Innitzer und zeigt drei Erwachsene, die verhungert auf der Strasse liegen oder bereits tot sind. Einer sitzt am Zaun, alle sind abgemagert und in Lumpen gekleidet. Zwei Fussgänger gehen auf der Strasse vorbei, scheinbar ohne die sterbenden Menschen zu beachten.

dere die ukrainische Bauernschaft auszuhungern und zu dezimieren suchte.» Trotzdem beantragte der Bundesrat die Ablehnung und begründete dies damit, dass die «rechtliche Bewertung von bestimmten Gräueltaten als ‹Völkermord› grundsätzlich Gerichten und internationalen Instanzen mit einem entsprechenden Mandat (obliegt)».

Der Holodomor war bereits 1933 Thema in der Schweizer Presse

Am 24. November 2023 fand in Bern anlässlich des Holodomor Memorial Day ein Holodomor Memoriam Concert statt. Damit im Zusammenhang stellte die inzwischen aus dem Nationalrat ausgeschiedene Natalie Imboden auf ihrer Website ausführlich dar, weshalb auch die Schweiz den Holodomor in der Ukraine als Völkermord anerkennen müsse. Besonders interessant ist der Abschnitt «Thema in der Schweizer Presse

im Jahr 1933», in dem sie die Berichterstattung dokumentiert. In der NZZ vom 20. Dezember 1933 / Mittagsausgabe ist unter der Überschrift «Die Hungerkatastrophe in Russland» ein Bericht des Generalsekretärs des in Genf gegründeten Europäischen Nationalitätenkongresses, Edwald Ammende, zu lesen:

«Die Katastrophe in den südlichen Gebieten der Sowjetunion gehört zu den furchtbarsten, die unseren Erdteil je betroffen haben. Millionen sind an Hunger und seinen Begleiterscheinungen zugrunde gegangen, ohne dass eine Hilfe zuteil geworden wäre.» Die Rede ist von einer «Tragödie» und von «Menschenopfern» in den reichsten Getreidegebieten der Ukraine und des Nordkavkasus.

Am 2. Juli 2024 reichte die Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission die «Erklärung des Nationalrats: Anerkennung des Holodomor als einen Akt von Völkermord» ein, die der Nationalrat

am 24. September 2024 verhandelte und mit grossem Mehr guthiess. Die Erklärung lautet wie folgt:

Die Erklärung des Nationalrates

«Der Nationalrat,
– anerkennt nachweislich systematische Handlungen, welche grossflächig und gezielt zum Hungerstod führen und in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische und religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, als einen Akt von Völkermord.
– gedenkt diesbezüglich den Opfern des ‹Holodomor›, wo rund vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, rund zwei Millionen Kasachinnen und Kasachen sowie mehrere Hunderttausende Russinnen und Russen dem Hungertod zum Opfer fielen, und anerkennt den Holodomor als einen Akt von Völkermord.

Fortsetzung Seite 14



Arbeitertochter in Charkiw

Diese Fotografie aus dem Jahr 1933 stammt von Alexander Wienerberger und befindet sich in der Sammlung Innitzer. In Wienerbergers Memoiren erzählt die Bildunterschrift, die zu dem Foto erscheint, dass dieses junge Mädchen die Tochter der Pförtnerin der Fabrik ist, in der er als Unternehmensberater tätig war. Er schreibt, dass sie ihren Rock bis über die Knie hebt, um ihre dünnen Beine zu zeigen, und dass die Ziege, die hinter ihr vorbeiläuft, vielleicht zu einer Arbeiterfamilie gehören könnte, die sich also glücklich schätzen konnte, einen Vorrat an Milch zu haben.

Fortsetzung von Seite 13

– Das Büro des Nationalrates verbreitet die Erklärung des Nationalrates über das diplomatische Netzwerk des EDA der internationalen Gemeinschaft.»

Anerkennung des Holodomor als ein Akt des Völkermordes

Wörtlich bedeutet das ukrainische Wort «Holodomor» Tötung bzw. Mord durch Hunger. Das Wort «Holodomor» setzt sich zusammen aus den ukrainischen Wörtern «holod» = Hunger und «moryty/mority» = umbringen, das im postsowjetischen Raum spezifisch in Verbindung mit der Hungersnot in den frühen 1930er-Jahren in der damaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der heutigen Ukraine, verwendet wird. Mittlerweile wurde der Holodomor in der Ukraine als der künstlich verursachte Völkermord von über dreis-

sig Ländern anerkannt. Das Parlament der Tschechischen Republik schreibt dazu etwa: «Das Parlament erkennt die künstlich herbeigeführte Hungersnot von 1932 bis 1933 in der Ukraine als ein entsetzliches Verbrechen des Völkermords am ukrainischen Volk und gegen die Menschlichkeit an.»

Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 30. November 2022 einen Antrag mit dem Titel «Holodomor in der Ukraine: Erinnern – Gedenken – Mahnen» und thematisiert im entsprechenden Dokument historische Hintergründe: «Hunger wurde zusätzlich als Strafe eingesetzt und bei Nichterfüllung der festgesetzten Abgabemengen ein Vielfaches an Getreide und anderen Lebensmitteln verlangt und konfisziert. Die betroffenen Regionen wurden abgeriegelt, um die Flucht der Hungernden in die Städte und den Transport von Lebensmitteln in die Regionen zu verhindern.» Es wird

erwähnt, dass die Kuban-Region und der Nordkaukasus, die im Zusammenhang mit der Hungersnot in der Sowjetunion genannt werden, damals zum grossen Teil von Ukrainerinnen und Ukrainern besiedelt waren.

Applebaum, Hencke, Ammende

Dass die massenhafte Tötung durch Hunger die politische Unterdrückung des ukrainischen Nationalbewusstseins zum Ziel hatte, bezweifelt heute kaum jemand. Im Folgenden seien Bücher und Publikationen empfohlen, in denen über die Hungersnot in der Ukraine unmittelbar nach den Geschehnissen geschrieben wird, die Zeugnis darüber ablegen oder die Geschichte des Holodomor wissenschaftlich aufarbeiten.

Obwohl bereits oben erwähnt, sei dringend nochmals auf das zentrale Werk zum Holodomor hingewiesen, nämlich *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine* (Siedler Verlag, 2019) von Anne Applebaum, die am 20. Oktober 2024 in der Paulskirche Frankfurt mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2024 ausgezeichnet wurde. Die amerikanisch-polnische Osteuropa-Historikerin Anne Applebaum ist eine der wichtigsten Expertinnen für die Geschichte der Sowjetunion und Autorin mehrerer Bücher zur sowjetischen Geschichte. Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine schreibt sie immer wieder in verschiedenen Medien, sie informiert kenntnisreich, ordnet ein, warnt.

1979 gab die Ukrainische Freie Universität in München die Broschüre *Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933–1936* von Andor Hencke heraus. Hencke erzählt von dem, was er gesehen und gehört hat. Er schreibt unter anderem von apathischen, ausgezehnten, elenden Menschen, die im Frühling 1933 aus den Dörfern nach Kyjiw kamen und von denen viele auf den Strassen der Stadt starben. «Die Zahl der Opfer des Hungertodes in den Gebieten Tschernigow, Kiew und Winniza, die den Konsulatsbezirk bildeten, betrug nach vorsichtigen Schätzungen 2,5 Millionen bei einem Bevölkerungsstand von rund 12 Millionen. Auf Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks kam ich in manchen Gegenden in völlig menschenleere Dörfer. Sie waren ausgebrannt, nur noch die Kamine ragten aus den Ruinen hervor. Es waren Bilder, die mich an den Ersten Weltkrieg erinnerten, wenn hart umkämpfte Ortschaften von ihren Bewohnern verlassen worden waren. Jetzt,

im Jahr 1933, handelte sich bei den ohne Krieg zerstörten Dörfern fast ausschliesslich um ukrainische, während die deutschen Siedlungen noch einigermaßen intakt waren. Auch war der Prozentsatz der Verhungerten wesentlich kleiner als bei den ukrainischen Nachbarn.»¹

Suche nach den Hintergründen

Andor Hencke spricht auch über die Gründe, die die Katastrophe verursacht haben. Die Kollektivierung in der Ukraine sei gegen den Willen der grossen Mehrheit der Landbevölkerung durchgeführt worden. Die ukrainischen Bauern seien ihrer Mentalität nach individualistisch eingestellt gewesen und hätten sich hierin auch von den russischen Bauern unterschieden, so Hencke.

Ein weiteres wichtiges Dokument über die Hungersnöte in der Sowjetunion, in dem die ukrainische Tragödie aufgenommen wird, hat der bereits oben von Natalie Imboden zitierte Ewald Ammende (1893–1936), ein deutscher Publizist aus Livland und Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses, auf Deutsch verfasst. Sein Buch trägt den Titel *Muss Russland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion*².

Das Wort «Russland» im Titel des Buches meint die Sowjetunion und bestätigt die fehlerhafte, aber noch bis vor Kurzem sehr verbreitete undifferenzierte Gleichsetzung der Sowjetunion mit der Russischen Sowjetrepublik. Ein Kapitel des Buches trägt den Titel «Der Kampf

gegen die Nationalitäten». Dabei geht es vor allem um die Ukraine und darum, dass die Hungersnot als ein Kampfmittel gegen die Nation, die sich der Kollektivierung entgegenstellte, eingesetzt wurde. Der Kampf gegen Nationalitäten war, gemäss Ewald Ammende, «auf eine Zerstörung der Grundlagen des Gemeinschaftslebens der Volksgruppen (...) gerichtet»³.

Das Buch von Ammende enthält 22 Bilder, die von vom Hunger gezeichnete Menschen im sowjetischen ukrainischen Charkiw zeigen. Sie wurden vom österreichischen Chemiker Alexander Wienerberger aufgenommen (die Bilder dieses Beitrages stammen alle von ihm).

Systematische Vernichtung

Darauf, dass die Hungersnot dem Sowjetregime zum Mittel dient, um gewisse Menschenkategorien systematisch zu vernichten, «das ukrainische Volk als politischen Faktor und als sozialen Organismus zu zerstören», weisen der amerikanische Historiker James Mace und viele damalige Journalisten und Wissenschaftler hin, u.a. William Henry Chamberlin und Prof. Stepan Sosnowyj. Letzterer war ein ukrainischer Agonom, ein Zeuge des Holodomor, der die Katastrophe Anfang der 1940er-Jahre als Erster wissenschaftlich aufnahm und eine Analyse dazu verfasste.

Er schrieb: «Im Jahre 1929 begann die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Bauern⁴ wehren sich hartnäckig dagegen; sie sehen in der Kollektivierung ein Mit-

tel, sie im Namen der ihren Interessen völlig fremden Weltrevolution zu ver-sklassen. Die Antwort der sowjetischen Regierung mit dem Ziele, die unbotmässige bäuerliche Bevölkerung kleinzukriegeln, bestand darin, dass sie in den Jahren 1932–1933 in der Ukraine absichtlich eine fürchterliche Hungersnot förderte. Millionen Menschen starben und Millionen strebten in die Städte. Gleichzeitig vollzog sich eine Terroraktion gegen die Intelligenz, insbesondere in den Jahren 1937, 1938. Der Kampf gegen die «Volks-schädlinge» zog sich ohne Unterbrechung durch die ganze Zeit.»⁵

Der heutige brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass Russland die Idee, die Ukraine zu vernichten, nicht aufgegeben hat und weiterhin einen Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung begeht. Länder, die den Holodomor als Völkermord auf staatlicher Ebene anerkennen, zeigen Solidarität mit der Ukraine und unterstützen Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Kampf gegen einen weiteren Völkermordversuch.

Anmerkungen

1 Andor Hencke: Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933–1936. Ukrainische Freie Universität, München 1979. – Als PDF im Internet zu finden.

2 Ewald Ammende: *Muss Russland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion*. Braumüller Verlag, Wien 1935. – Als PDF im Internet zu finden.

3 Ebd., Seite 93.

4 Damit sind ukrainische Bauern gemeint.

5 Zitiert nach: Tanja Penter und Dmytro Tytarenko: Der Holodomor, die NS-Propaganda in der Ukraine und ihr schwieriges Erbe. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Band 64, Heft 4. De Gruyter Verlag, Berlin 2021 – als PDF im Internet zu finden.

Ebenfalls empfehlenswert: Robert Conquest: Die Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–33. Langen-Müller Verlag, München 1988. – Antiquarisch erhältlich.

Historische Fotografien des Holodomor

Es gibt nur wenige historisch korrekte Bilder, die während des Holodomor innerhalb der damaligen Grenzen der Ukraine aufgenommen wurden, da Reisen in die Ukraine und die Hungerregionen nicht erlaubt waren, was es schwierig machte, die sich abspielende Tragödie zu dokumentieren. Fast alle Fotos, die die Hungersnot während des Holodomor zeigen, wurden von Ausländern heimlich aufgenommen und aus der Ukraine geschmuggelt.

Alle Fotos dieses Beitrages von Hungeropfern in Charkiw und Umgebung wurden 1933 aufgenommen und vom österreichischen Techniker Alexander Wienerberger herausgeschmuggelt. Sie stammen aus der Sammlung des Wiener Kardinals Theodor Innitzer, der sich seinerzeit um internationale Hilfe für die Hungernden bemühte.



Verhungertes Mädchen auf den Stufen in einer Strasse in Charkiw 1933.

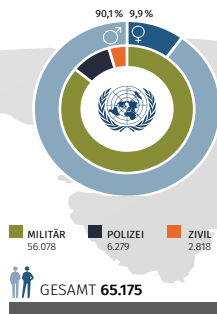
	UN PEACEKEEPING-EINSÄTZE
MINURSO	UN Mission for the Referendum in Western Sahara, seit 04/1991 int. Personal: 306(4) M: 229(4) P: 2 Z: 75
MINUSCA	UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic, seit 04/2014 int. Personal: 17.723(2) M: 14.104 P: 3.011 Z: 608(2)
MONUSCO	UN Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo, seit 07/2010 int. Personal: 15.044(7) M: 12.870 P: 1.608 Z: 566(7)
UNDOF	UN Disengagement Observer Force, seit 06/1974 int. Personal: 1.192(1) M: 1.141 P: 0 Z: 51(1)
UNFICYP	UN Peacekeeping Force in Cyprus, seit 03/1964 int. Personal: 911(4) M: 801 P: 6(2) Z: 43(2)
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon, seit 03/1978 int. Personal: 9.988(106) M: 9.739(103) P: 0 Z: 249(3)
UNISFA	UN Interim Security Force for Abyei, seit 06/2011 int. Personal: 3.320(1) M: 3.301 P: 43 Z: 176(1)
UNMIK	UN Interim Administration Mission in Kosovo, seit 06/1999 int. Personal: 118(3) M: 9 P: 9(1) Z: 100(2)
UNMISS	UN Mission in the Republic of South Sudan, seit 07/2011 int. Personal: 16.296(26) M: 13.886(13) P: 1.539(9) Z: 87(4)
UNMOGIP	UN Military Observer Group in India and Pakistan, seit 01/1949 int. Personal: 68(1) M: 44 P: 0 Z: 24(1)
UNTSO	UN Truce Supervision Organization, seit 05/1948 int. Personal: 209(1) M: 154 P: 0 Z: 55(1)

	UN SPECIAL POLITICAL MISSIONS
BINUH	UN Integrated Office in Haiti, seit 10/2019 int. Personal: 102 M: 0 P: 17 Z: 85
UNAMA	UN Assistance Mission in Afghanistan, seit 03/2002 int. Personal: 259(4) M: 1 P: 0 Z: 258(4)
UNAMI	UN Assistance Mission for Iraq, seit 08/2003 int. Personal: 458(3) M: 239 P: 0 Z: 219(3)
UNMHA	UN Mission to Support the Hudaydah Agreement, seit 01/2019 int. Personal: 59(1) M: 10 P: 0 Z: 49(1)
UNOCA	UN Regional Office for Central Africa, seit 01/2011 int. Personal: 31(2) M: 0 P: 0 Z: 31(2)
UNOWAS	UN Office for West Africa and the Sahel, seit 02/2002 int. Personal: 44(2) M: 2 P: 0 Z: 42(2)
UNRCCA	UN Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia, seit 12/2007 int. Personal: 8 M: 0 P: 0 Z: 8
UNSCO	Office of the UN Special Coordinator for the Middle East Peace Process, seit 10/1999 int. Personal: 29 M: 0 P: 0 Z: 29
UNSCOL	Office of the UN Special Coordinator for Lebanon, seit 02/2007 int. Personal: 16 M: 0 P: 0 Z: 16
UNSMIL	UN Support Mission in Libya, seit 09/2011 int. Personal: 449(3) M: 240 P: 0 Z: 209(3)
UNTMIS	UN Transitional Assistance Mission in Somalia, seit 11/2024 int. Personal: 795(10) M: 630 P: 13(3) Z: 152(7)
UNVMC	UN Verification Mission in Colombia, seit 09/2017 int. Personal: 290(1) M: 102 P: 51 Z: 137(1)

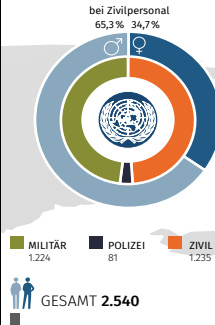
	EU-EINSÄTZE
EUAM IRAQ	EU Advisory Mission in Iraq, seit 10/2017 int. Personal: 72(5) M: 0 P: 0 Z: 72(5)
EUAM RCA	EU Advisory Mission in the Central African Republic, seit 12/2019 int. Personal: 50(2) M: 0 P: 0 Z: 50(2)
EUAM UKRAINE	EU Advisory Mission for Civilian Security Sector Reform Ukraine, seit 07/2014 int. Personal: 16(15) M: 0 P: 0 Z: 16(15)
EUBAM LIBYA	EU Border Assistance Mission in Libya, seit 05/2013 int. Personal: 45 M: 0 P: 0 Z: 45
EUBAM MOLDOVA AND UKRAINE	EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine, seit 12/2005 int. Personal: 0***(1) M: 0 P: 0 P: 0(1) Z: 0
EUBAM RAFAH	EU Border Assistance Mission for the Rafah Crossing Point, seit 11/2005 int. Personal: 6(2) M: 0 P: 0 Z: 6(2)
EUCAP SAHEL MALI	EU Capacity Building Mission in Mali, seit 04/2014 int. Personal: 99(1) M: 0 P: 0 Z: 99(1)
EUCAP SOMALIA	EU Capacity Building Mission in Somalia, seit 09/2012 int. Personal: 147(11) M: 0 P: 0 P: 0(5) Z: 147(6)
EUFOR ALTHEA	EU Force in Bosnia and Herzegovina, seit 12/2004 int. Personal: 1.228(37) M: 1.228(37) P: 0 Z: 0
EULEX KOSOVO	EU Rule of Law Mission in Kosovo, seit 02/2008 int. Personal: 224(11) M: 0 P: 0 P: 0(6) Z: 224(5)
EUM ARMENIA	EU Mission in Armenia, seit 01/2023 int. Personal: 130(23) M: 0 P: 0 P: 0(17) Z: 130(6)
EUMAM MOZAMBIQUE	EU Military Assistance Mission Mozambique, seit 09/2024 int. Personal: 78 M: 78 P: 0 Z: 0
EUMAM UKRAINE	EU Military Advisory Mission in Ukraine, seit 11/2022 int. Personal: 500(79) M: 500(79) P: 0 Z: 0
EUMM GEORGIA	EU Monitoring Mission in Georgia, seit 09/2008 int. Personal: 223(29) M: 0 P: 0 P: 0(21) Z: 223(8)
EUNAVFOR ASPIDES	EU Naval Force Aspidies, seit 02/2024 int. Personal: 725(17) M: 725(17) P: 0 Z: 0
EUNAVFOR MED IRINI	EU Naval Force - Mediterranean, seit 02/2020 int. Personal: 713(12) M: 713(12) P: 0 Z: 0
EUNAVFOR SOMALIA	EU Naval Force - Somalia, seit 12/2008 int. Personal: 383(2) M: 381 P: 0 Z: 2(2)
EUPM MOLDOVA	EU Partnership Mission in the Republic of Moldova, seit 04/2023 int. Personal: 34(5) M: 0 P: 0 P: 0(2) Z: 34(3)
EUPOL COPPS	EU Police Co-ordinating Office for Palestinian Police Support, seit 01/2006 int. Personal: 51(7) M: 0 P: 0 P: 0(3) Z: 51(4)
EU RACC	EU Regional Advisory and Coordination Cell, seit 02/2019 int. Personal: *** M: 0 P: 0 Z: ***
EU SDI GOG	EU Security and Defence Initiative in the Gulf of Guinea, seit 09/2023 int. Personal: 10(4) M: 0 P: 0 P: 0(2) Z: 10(2)
EUTM RCA	EU Training Mission in the Central African Republic, seit 07/2016 int. Personal: 79 M: 79 P: 0 Z: 0
EUTM SOMALIA	EU Military Mission to Contribute to the Training of Somali Security Forces, seit 04/2010 int. Personal: 160 M: 160 P: 0 Z: 0

ORGANISATIONEN

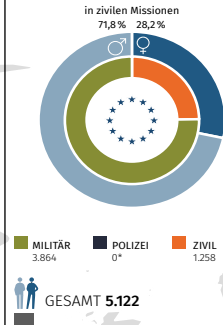
Vereinte Nationen, Department of Peace Operations (UN-DPO)



Vereinte Nationen, Department of Political and Peacebuilding Affairs (UN-DPPA)



Europäische Union (EU)



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)



UKRAINE (GESAMT INT. PERSONAL IM LAND: 167)

EUAM UKRAINE
EUBAM UKRAINE

REPUBLIC MOLDAU/UKRAINE (***)
EUBAM Moldova and Ukraine

REPUBLIC MOLDAU (1.546)
OSCE Mission to Moldova
EUPM Moldova
JPF Joint Peacekeeping Force

BOSNIEN UND HERZEGOWINA (1.327)

EU FOR ALTHEA
OSCE MISSION
OHR

SERBIEN (17)
OSCE MISSION

MONTENEGRO (9)

OSCE Mission

KOSOVO (4.866)
UNMIK
EULEX Kosovo
OSCE Mission
KFOR

ALBANIEN (15)

OSCE PRESENCE

NORDMAZEDONIEN (27)
OSCE PRESENCE

LIBYEN (494)

UNSMIL
AU MISSION IN LIBYA
EUBAM LIBYA

WESTSAHARA (306)
MINURSO

WESTAFRIKA UND SAHEL (44)

UNOWAS

HAITI (1.102)
BINUH
MSS

KOLUMBIEN (311)
UNVMC
MAPP-DEA

GAMBIA (1.129)
ECOMIG

GUINEA-BISSAU (500)
MASGB

MALI (***)
EUCAAP SAHEL MALI
MISAHIL

GHANA (10.000**)
MNJTF-AI

BOKO-HARAM BETROFFENE GEBIETE (10.000**)
MNJTF

ZENTRALAFRIKA (31)
UNOCA

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK (17.852)
MINUSCA
MISAC
EUTM RCA
EUAM RCA

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO (15.044)
MONUSCO
SAMI-DRC

MOSAMBIK (78)
EUMAM MOZAMBIQUE

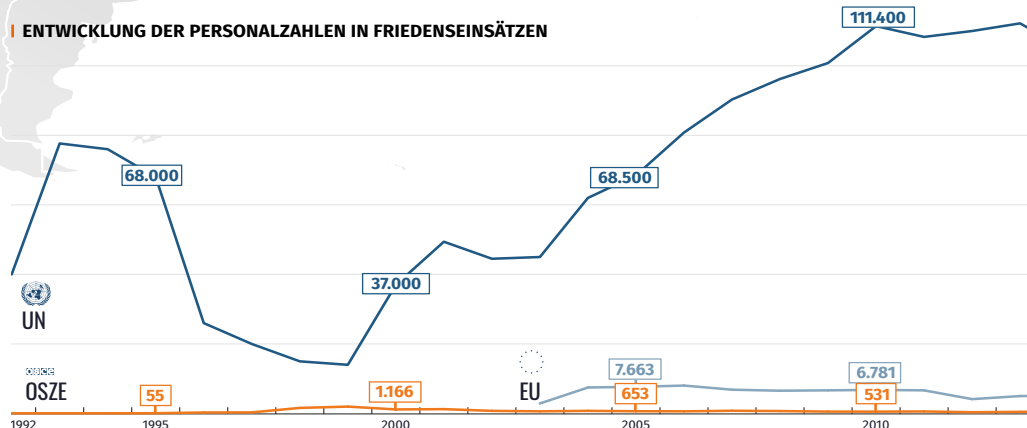
LEGENDE

Erklärung Liste Einsätze:
Vollständiger Missionstitel, Beginn, Personalzahlen nach Personalgruppe M: Militär P: Polizei Z: Zivil (Deutsche Beteiligung in Klammern)

Karteneinfärbung nach Anzahl int. Personal:

< 50 < 1.000 < 10.000 > 10.000

ENTWICKLUNG DER PERSONALZAHLEN IN FRIEDENSEINSÄTZEN



Andere Organisationen



OSCE CENTRE	OSCE Centre in Ashgabat, seit 01/1999 int. Personal: 4 M; 0 P; 0 Z: 4
OSCE MISSION	OSCE Mission in Kosovo, seit 06/1999 int. Personal: 81(2) M; 0 P; 0 Z: 81(2)
OSCE MISSION	OSCE Mission to Bosnia and Herzegovina, seit 12/1995 int. Personal: 23(2) M; 0 P; 0 Z: 23(2)
OSCE MISSION	OSCE Mission to Moldova, seit 02/1993 int. Personal: 12(2) M; 0 P; 0 Z: 12(2)
OSCE MISSION	OSCE Mission to Montenegro, seit 06/2006 int. Personal: 9(1) M; 0 P; 0 Z: 9(1)
OSCE MISSION	OSCE Mission to Serbia, seit 01/2001 int. Personal: 17(2) M; 0 P; 0 Z: 17(2)
OSCE MISSION	OSCE Mission to Skopje, seit 12/1992 int. Personal: 27(2) M; 0 P; 0 Z: 27(2)
OSCE PRGO	OSCE Personal Representative of the Chairperson-in-Office on the Conflict Deal with by the OSCE Minsk Conference int. Personal: 2 M; 0 P; 0 Z: 2
OSCE PRESENCE	OSCE Presence in Albania, seit 03/1997 int. Personal: 15(1) M; 0 P; 0 Z: 15(1)
OSCE PROGRAMME OFFICE	OSCE Programme Office in Astana, seit 07/1998 int. Personal: 6(1) M; 0 P; 0 Z: 6(1)
OSCE PROGRAMME OFFICE	OSCE Programme Office in Bishkek, seit 07/1998 int. Personal: 13 M; 0 P; 0 Z: 13
OSCE PROGRAMME OFFICE	OSCE Programme Office in Dushanbe, seit 07/2008 int. Personal: 23(3) M; 0 P; 0 Z: 23(3)
OSCE PROGRAMME SERVICE	OSCE Project Co-ordinator in Uzbekistan, seit 06/2006 int. Personal: 3(1) M; 0 P; 0 Z: 3(1)

AU UND AFRIKANISCHE SUBREGIONALE EINSÄTZE

ACCA INITIATIVE MINTF-AI	Multinational Joint Force – Accra Initiative; seit 06/2022 int. Personal: 10.000** M; 10.000** P; 0 Z; 0
AU ATMIS	AU Transition Mission in Somalia, seit 04/2022 (ab 01/2025: AUSSOM) int. Personal: 14.696 M; 13.586 P; 1.040 Z; 70
AU MISSION IN LIBYA	AU Mission in Libya, seit 02/2020 int. Personal: ***
AU MISAC	AU Mission for the Central African Republic and Central Africa, seit 09/2014 int. Personal: ***
AU MISAH	AU Mission for Mali and the Sahel, seit 08/2013 int. Personal: ***
AU MVM	AU Monitoring, Verification and Compliance Mission, seit 12/2022 int. Personal: 12 M; 10 P; 0 Z; 2
ECOWAS ECOMIG	Economic Community of West African States Mission in The Gambia, seit 01/2017 int. Personal: 1.129 M; 1.000 P; 124 Z; 5
ECOWAS MASGB	ECOWAS Stabilisation Support Mission to Guinea-Bissau, seit 06/2022 int. Personal: 500 M; 494 P; 1 Z; 5
IGAD CTSAMVM	Intergovernmental Authority on Development Ceasefire and Transitional Security Arrangements Monitoring Verification Mechanism, seit 05/2016 int. Personal: 85 M; 0 P; 0 Z; 85
LCBC MINTF	Lake Chad Basin Commission Multinational Joint Task Force, seit 03/2015 int. Personal: 10.000** M; 10.000** P; 0 Z; 0
SADC SANI-DRC	Southern African Development Commission Mission in the Democratic Republic of the Congo, seit 2024 int. Personal: *** M; *** P; 0 Z; 0

NATO-EINSÄTZE

KFOR	Kosovo Force, seit 06/1999 int. Personal: 4.443(286) M: 4.443(286) P: 0 Z: 0
NMI	NATO Mission Iraq, seit 10/2018 int. Personal: 500 M: 500** P: 0 Z: 0

ANDERE EINSÄTZE

JPf	Joint Peacekeeping Force, set 07/1992 int. Personal: 1.500 M: 1.500** P: 0 Z: 0
MAPP-OEA	Mission to Support the Peace Process in Colombia – Organization of American States, set 02/2004 int. Personal: 21(4) M: 0 P: 0 Z: 21(4)
INFO	Multinational Force and Observers, set 04/1982 int. Personal: 1165 M: 1165 P: 0 Z: 0
MSS	Multinational Security Support, set 10/2023 int. Personal: 1.000 M: 0 P: 1.000** Z: 0
OHR	Office of the High Representative, set 12/1995 int. Personal: 18(1) M: 0 P: 0 Z: 18(1)

DIE 5 GRÖSSTEN EINSÄTZE

Rank	Mission	Personnel
1	MINUSCA	17.723
2	UNMISS	16.296
3	MONUSCO	15.044
4	ATMIS	14.696
5	UNIFIL	9.988

Weitere Auszeichnungen:

-  Die fünf größten Einsätze Stand 2024
  Neue Missionen nach 12/2023

DEUTSCHE BETEILIGUNG

UN-DPO gesamt Beteiligung: 156
M: 120 P: 12 Z: 24

UN-DPPA gesamt Beteiligung: 26
M: 0 P: 3 Z: 23

EU gesamt Beteiligung: 263
M: 145 P: 57 Z: 61

OSZE gesamt Beteiligung: 17
M: 0 P: 0 Z: 17

NATO gesamt Beteiligung: 286
M: 286 P: 0 Z: 0

Andere gesamt Beteiligung: 5
M: 0 P: 0 Z: 5

■ MILITÄR
■ POLIZEI
■ ZIVIL

- * Die EU unterscheidet in offiziellen Angaben nicht zwischen Polizei- und Zivilpersonal. Die Höhe des deutschen Polizeibeitrags ist weiterhin verfügbar.
- ** nach Mandat
- *** keine Personalzahlen verfügbar

IMPRESSUM

Die kartografischen Darstellungen beinhalten keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten durch das ZfE

Stand: Dezember 2024

Grafik: Infografik Pro GmbH

Gefördert durch:



www.zif-berlin.org

FRIEDENSZEITUNG 52/25

Rückblick auf 80 Jahre Friedensarbeit

Im Dezember vor 80 Jahren wurde der Schweizerische Friedensrat gegründet, für die Redaktion Anlass, in den vier Ausgaben der FRIEDENSZEITUNG 2025 auf die Schwerpunkte der Friedensratsarbeit in seiner langen Geschichte zu blicken. Höhepunkt wird die Jubiläumsveranstaltung vom 6. Dezember 2024 in Zürich sein, ein Datum zum vormerken.

Unsere Serie beginnt mit einem Blick auf den jahrzehntelangen Kampf des Friedensrates um die Beteiligung der Schweiz an den Vereinten Nationen,

auf der die Hoffnung ruhte, durch internationale Kooperation die Schrecken künftiger Kriege bannen zu können. Am 24. Oktober 1945 trat die UNO-Charta in Kraft: die Weltorganisation war nach langer Vorarbeit gegründet.

Am 2. Dezember 1945, wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und Asien, trafen sich in Bern Frauen und Männer aus pazifistischen, religiösen und aussenpolitisch engagierten Gruppen und Organisationen und beschlossen, sich unter einem Dach zur friedenspolitischen Beratung

zusammenzufinden. Es ging darum, gemeinsame Anliegen zu formulieren, um an der Gestaltung der Nachkriegsordnung mitzuwirken. Insbesondere sollte die durch das Abseitsstehen der Schweiz im Ringen gegen die nationalsozialistische Weltkatastrophe erfolgte aussenpolitische Isolierung des Landes aufgebrochen werden.

Die Gründungsanliegen des SFR

Auf Initiative der Quäker schlossen sich jene Organisationen zusammen, die eine sofortige Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO wollten. Als weitere Anliegen, die der Friedensrat als Dachorganisation behandeln sollte, kamen hinzu:

- die Überführung des Waffenausfuhrverbots vom Bundesratserlass in die Bundesverfassung¹,
- die Überwindung des Nord-Süd-Gefälles,
- die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer.

Es ist kein Zufall, dass sowohl die UNO wie der Schweizerische Friedensrat 1945 gegründet wurden. Bei beiden ging es um die Gestaltung der Nachkriegsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die «Alliierten»² die «Achsenmächte»³ militärisch besiegt hatten. In der Präambel der UNO-Charta ist als Ziel festgehalten, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren».

Die Schweiz war nicht eingeladen

In beiden Weltkriegen war die Schweiz abseits gestanden und musste deshalb ihre Stellung in der Nachkriegsordnung finden. Mit ihren massiven und einseitigen Waffenlieferungen – in erster Linie durch die Firma Oerlikon-Bührle und vor allem an Deutschland – hatte die Schweiz zwar ihre formale Unabhängigkeit wahren können, aber sehr einseitig zur Kriegsführung der «Achsenmächte» beigetragen. Deshalb musste sie befürchten, für diese Einseitigkeit zur Rechenschaft gezogen zu werden.

1 Unter internationalem Druck hatte der Bundesrat im Zweiten Weltkrieg einen Erlass für das Verbot von Waffenausfuhren beschlossen.

2 Zur Hauptsache Frankreich, Grossbritannien, Sowjetunion, USA.

3 Zur Hauptsache Deutschland, Italien, Japan.



Schweizer Welt 1, Guido Nussbaum, 1995, Analog-Fotografie
© Guido Nussbaum Foto: ullmann.photography

1945 – 2025: 80 Jahre Schweizerischer Friedensrat

So weit kam es zwar nicht, verhinderte jedoch ein aktives Mitwirken beim Aufbau der UNO. Zu deren Gründung wurde die Schweiz nicht eingeladen, was ihr vorüberhand eine Klärung ihrer Rolle in der Nachkriegsordnung ersparte. Aber so konnte auch die «Neutralität» innenpolitisch zum Fetisch werden, mit dem sich jegliche Diskussion über ihre Rolle und Verantwortung abblocken liess. Die von Christoph Blocher 2022 lancierte sogenannte Neutralitätsinitiative bezweckt die Wiederherstellung der Verabsolutierung der Neutralität, um zu verhindern, dass die Schweiz international ihre Verantwortung wahrnimmt.

Der lange Anlauf zum UNO-Beitritt

Mitte der 1960er-Jahre wurde der Beitritt der Schweiz zur UNO zum Thema in den Eidgenössischen Räten. Als Erstes wurde ein Bericht des Bundesrates «über das Verhältnis der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen» eingefordert. Ein solcher erschien am 16. Juni 1969, in dem «grundsätzlich» ein Beitritt befürwortet und «vorbereitende Massnahmen» angekündigt wurden.

In der Einleitung zu seinem Bericht an die Bundesversammlung hält der Bundesrat fest: «Zweimal in unserem Jahrhundert ist der Versuch unternommen worden, die internationale Anarchie durch Schaffung einer weltumspannenden Staatenorganisation zu überwinden und den Frieden durch die Aufrichtung einer alle Staaten verpflichtenden völkerrechtlichen Ordnung zu sichern. Bei der Gründung des Völkerbundes sah sich die Schweiz vor die Frage gestellt, ob sie als dauernd neutraler Staat ausserhalb dieser neuen Staatenorganisation verbleiben müsse und könne oder ob es eine Möglichkeit gebe, dem Gebot der Solidarität, der Mitarbeit am Versuch der Schaffung einer allgemeinen Friedensordnung Folge zu leisten und so das nationale Interesse mit demjenigen der ganzen Menschheit zu verbinden.

Die Frage wurde damals bejaht und führte zum Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Bei der Gründung der Vereinten Nationen stellte sich, allerdings vorerst nur theoretisch, das gleiche Problem. Eine zu seiner Abklärung durch den Bundesrat einberufene Kommission kam im November 1945 zum Schluss, dass ein Beitritt unter Wahrung der Neutralität wünschbar sei. Die nachfolgenden Sondierungen verliefen indessen

Fortsetzung Seite 20

«Hoffentlich wird es nicht so schlimm, wie es schon ist.» Dieses Zitat vom bayrischen Kabarettisten Karl Valentin (1882–1948), geschrieben ca. 1918, gegen Ende des Ersten Weltkrieges, könnte nicht treffender sein, in einer Zeit, die von Unsicherheit und vermehrt drohenden kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt wird. Dieses Jahr feiert der Schweizerische Friedensrat sein 80-jähriges Bestehen: acht Jahrzehnte stets couragiertes Engagement gegen Gewalt, für Abrüstung, für Konfliktlösungen, für Menschenrechte, für Solidarität, für Sicherheit, für Frieden. Es darf gefeiert werden. Aber nicht nur.

Wir, der Vorstand des SFR, Mitglieder, Verbündete und Sympathisanten wollen zurückblicken auf die Errungenschaften. Doch gleichzeitig auch vorwärtsblicken, was wie getan werden soll und muss, um weiterhin Gewaltausbrüche zu vermeiden und gleichzeitig die Grundlagen und Voraussetzungen aufzubauen und zu pflegen, die es unabdingbar benötigt, um eine solidarische, ganzheitliche und friedvolle Koexistenz nicht nur in Europa, sondern auch weltweit sicherzustellen.

Dieser riesigen Aufgabe hat sich der SFR bereits bei seiner Gründung im Dezember 1945 verschrieben. Basierend auf den abscheulichen Erlebnissen während der beiden Weltkriege (1914–1918 und 1939–1945) wollten die Gründerinnen und Gründer des SFR einen wesentlichen Beitrag leisten, Kriege in Zukunft zu verhindern gemäss dem Hauptanliegen der UNO. Deshalb stand das Bestreben, den Beitritt der Schweiz zur UNO voranzutreiben, ganz zuoberst auf der Agenda des SFR. Ein Ziel, das notabene erst 2002 erreicht wurde.

Heute, 80 Jahre später, wollen wir anlässlich des Jubiläums den Grundstock einer «Vision 2035» gestalten. Wir wollen dies mit euch allen tun, und zwar am Jubiläumsanlass vom 6. Dezember 2025 im Kirchgemeindehaus Aussersihl in Zürich. In Form einer installativen Ausstellung über die Vergangenheit des SFR präsentieren wir die wichtigsten Themen, die er massgeblich mitgestaltet und erwirkt hat. Ein Open Space ermöglicht allen, ihre Meinung einzubringen. Mehr noch: Alle sollen sich aktiv einbringen. Wir wollen den SFR noch zugänglicher, offener und zukunftsbildend ausbauen.

Workshops sorgen dafür, nicht nur top informiert zu sein, sondern auch Kräfte zu mobilisieren, um der «Vision 2035» Schub zu verleihen.

Interessante Rednerinnen und Redner werden die Aktualität der SFR-Ziele beleuchten. Die anschliessenden Podiumsgespräche sind in einer Weise angelegt, die es ermöglichen, sich zu beteiligen. Nicht zuletzt gibt es genügend Zeit, zu verweilen, durch die Ausstellung zu schlendern, sich im Open Space abzubilden und sich in ein Gespräch mit Gleichgesinnten zu vertiefen. Ausklang findet der Anlass mit einer zukunftsweisenden Rede. Ab ca. 18.00 Uhr offeriert der SFR einen Apéro Riche.

Es liegt an uns allen!

Das Datum reservieren

> Samstag, 6. Dezember 2025, im Dorothee-Sölle-Saal des Kirchgemeindehauses Aussersihl beim Stauffacher in Zürich.

Regelmässig die Webseite des SFR besuchen

> Laufend werden aktuelle Informationen zum Fest und weiteren Aktivitäten des SFR veröffentlicht.

Die FRIEDENSZEITUNG zu lesen

> In jeder Ausgabe finden sich spannenden Informationen, auch zum Jubiläumsanlass.

Wir freuen uns auf euch! Der SFR Vorstand und die Projektleiterin.

Die Projektleiterin NoraMae Omatayo Herzog

Als Organisationsberaterin und -entwicklerin bewegt sich NoraMae Omatayo Herzog seit mehr als 30 Jahren im weiten Feld der produktiven und effektiven Zusammenarbeitsformen. Ihre Engagements in internationalen Wirtschafts- und NPO-Unternehmen waren stets auch geprägt von den Anforderungen, mit Widerständen und Konflikten umzugehen. Dank dieser Erfahrungen schöpft sie aus einem vielfältigen Potpourri an Techniken, Methoden und kommunikativen Mitteln, um Herausforderungen adäquat anzupacken. Aktuell arbeitet sie nebst der Projektleitung für den SFR-Jubiläumsanlass an einem Buch zu «Tiefer Frieden», dessen Geschichte in der Schweiz.

noramae.omatayo@friedensrat.ch

ergebnislos.» (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen, 16. Juni 1969, Einleitung)

Es folgten zwei weitere Berichte, (datiert am 17. November 1971 und 29. Juni 1977), bis im März 1986 die erste Abstimmung über den UNO-Beitritt erfolgte, der trotz breiter Abstützung in den Eidgenössischen Räten wuchtig abgelehnt wurde (mit Nein-Mehrheiten in allen Kantonen und insgesamt 75,7 Prozent Nein). Im zweiten Anlauf, am 3. März 2002, gelang – nach einem neuen Bericht des Bundesrates vom 1. Juli 1998 (in Erfüllung des Postulates Nr. 97.3320 von Nationalrat Andreas Gross vom 18. Juni 1997) – der Beitritt relativ knapp, mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen und 12 befürwortenden Kantonen gegen 11 ablehnende.

Der Abschied vom Inseldasein

Dazu hatte es 2000 eine Vernehmlassung gegeben, an der sich der SFR mit einer ausführlichen Stellungnahme beteiligte, abgedruckt in der Broschüre *Abschied vom Inseldasein*⁴. Unter dem Titel «Kollektive Sicherheit statt Neutralität» stellte der SFR sechs Punkte ins Zentrum:

- Sicherheit durch Kooperation verwirklichen.

- Aktive Rolle bei der UNO-Reform.
- Dynamik in die Abrüstungsverhandlungen bringen.
- Schwergewicht auf ziviler Friedensförderung.
- Menschenrechte konsequent verwirklichen.
- Lebenswerte Umwelt für kommende Generationen anstreben.

Für die Abstimmung gab der SFR gemeinsam mit humanrights.ch einen Abstimmungsauftrag heraus: «Sechs handfeste Gründe für ein Ja zur UNO» – mit einer Einleitung von Franz Hohler mit dem Titel «Es ist wohl einfacher, die Schweiz tritt der Welt bei, als die Welt tritt der Schweiz bei»:

1. Die UNO hat die Menschenrechte zum verbindlichen Völkerrecht gemacht.
2. Die UNO kontrolliert weltweit die Einhaltung der Menschenrechte.
3. Die UNO hat den Krieg als Mittel der Politik für die einzelnen Staaten geächtet.
4. Die UNO setzt sich aktiv für Abrüstung ein und hat biologische und chemische Waffen sowie Personenminen verboten.
5. Die UNO ist weltweit in humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit engagiert, auch an Orten, die nicht im Zentrum des Interesses stehen.
6. Die UNO hat sich immer wieder neuen Herausforderungen gestellt, dank

ständiger Erneuerung und Reform. Dieser Prozess muss weitergehen.

Ruedi Tobler

Die Gründungsmitglieder des SFR am 2. Dezember 1945 in Bern

- Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker)
- Schweizerische Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Schweizerische Vereinigung für Internationalen Zivildienst (SCI)
- Centre d'Action pour la Fédération Européenne à Genève
- Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit (SZF)
- Comité de la Semaine de la Paix
- Das Grüne Kreuz
- Escherbund
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Schweizer Zweig (IFFF)
- Mouvement Populaire Suisse en faveur d'une fédération des Peuples
- Internationaler Versöhnungsbund, Schweizer Zweig (IFOR)
- Rassemblement Universel pour la Paix, Branche Suisse (RUP)
- Europa-Union
- Union mondiale de la Femme pour la Concorde internationale
- Kirchlicher Friedensbund der Schweiz (KFB)

Im Laufe der Jahre wurden viele weitere Organisationen Mitglied des SFR, so der Christliche Friedensdienst (CFD), die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), die Religiös-soziale Vereinigung und die Fédération romande des socialistes religieux. Die 1970er-Jahre führten geradezu zu einem Ansturm, so traten die Kritische Kirche Bern, das Centre Martin Luther King in Lausanne, die École Instrument de Paix, die Pazifistische Gruppe Nordwestschweiz, die Christen für den Sozialismus, die Juso Schweiz oder die GSoA bei. Viele dieser Organisationen gibt es heute nicht mehr, der SFR ist auch keine Dachorganisation mehr.

4 Nach wie vor lesenswert: SFR-Broschüre *Abschied vom Inseldasein. Vom Ende der isolationalistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der Weltgemeinschaft*. Friedenspolitische Perspektiven zum UNO-Beitritt. Dezember 2000, 52 Seiten, als PDF beim SFR-Sekretariat, info@friedensrat.ch, erhältlich.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Einladung zur Jahresversammlung am Freitag, 23. Mai 2025, 17.15 Uhr

am Sitz des Friedensrates
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Zur statutarischen Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates sind nicht nur die SFR-Mitglieder und AbonnentInnen der **FRIEDENSZEITUNG** herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

- 1 Begrüssung / Entschuldigungen
- 2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24. Juni 2024 in Zürich
- 3 Ergänzungen zum Jahresbericht 2024
- 4 Jahresrechnung 2024, Revisionsbericht und Budget 2025 inkl. Finanzausblick
- 5 Wahlen (Präsident/in, Vorstandsmitglieder, Revisoren)
- 6 Die aktuelle Arbeit des SFR
 - Kampagne gegen die SVP-Neutralitätsinitiative
 - 80 Jahre SFR: Jubiläumsveranstaltung am 6. Dezember 2025 in Zürich
- 7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, Stellungnahmen

Modell Neutralität: Stillesitzen

Noch bis zum 5. Mai 2025 findet im Aargauer Kunsthaus eine Ausstellung zum Thema Neutralität statt: Dem *Modell Neutralität* auf der Spur beleuchten 14 Kunstschaffende mit ihren Werken den politischen und völkerrechtlichen Grundsatz. Es sind dies: Caroline Bachmann, Marc Bauer, Denise Bertschi, Mirkan Deniz, Guerreiro do Divino Amor, huber.huber (Markus Huber), Reto Huber, Thomas Hirschhorn, Gabriela Löffel, Aleksandra Mir, Kim da Motta, Guido Nussbaum, Davide-Christelle Sanvee und Felix Stöckle. Begleitet wird die Kunstschau von drei Podiumsdiskussionen.

Sonntag, 30. März 2025, 14–15.30 Uhr: *Neutralität und Sicherheit* mit Angelo Gnädinger, Mirkan Deniz, Katja Gentinetta und Marcel Berni.

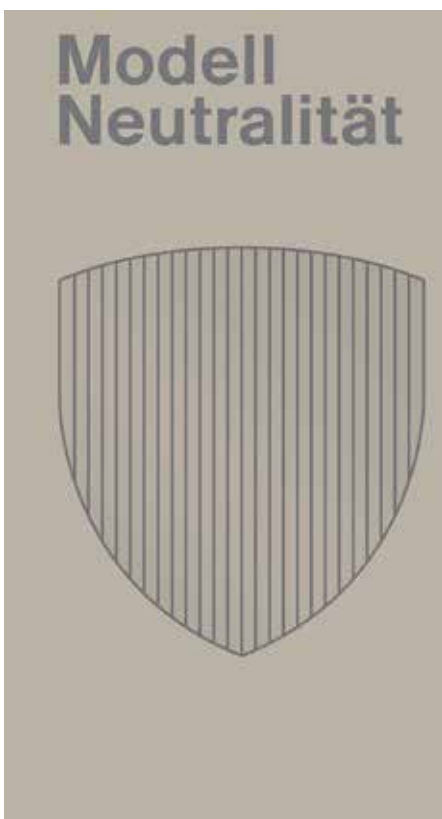
Donnerstag, 10. April 2025, 18.30–20 Uhr: *Neutralität und Identität* mit Rohit Jain, Mandy Abou Shoak und Marco Jorio.

Sonntag, 11. Mai 2025, 14–15.30 Uhr: *Neutralität und Kunst*. Sabian Baumann und Thomas Hirschhorn diskutieren mit der Provenienzforscherin Alice Hertzog und der Kunsthausdirektorin Katharina Ammann über die Neutralität von Kunst und Institution.

Publikation zur Ausstellung

Zu dieser Ausstellung ist auch das gleichnamige Buch mit Bildern der Ausstellung und unterschiedlichsten Beiträgen zum Thema erschienen. Aus dem Vorwort: «Für diese Publikation sind wir mit der vielleicht urschweizerischen und gleichzeitig hochaktuellen Gretchenfrage ›Wie hältst du's mit der Neutralität?‹ auf unterschiedliche Personen aus Forschung, Journalismus, Literatur oder Sport zugegangen und haben sie gebeten, ihre Gedanken zum Modell Neutralität mit uns zu teilen. Entstanden ist eine Vielfalt an Texten,

die dazu anregt, sich selbst mit dem Neutralitätsbegriff auseinanderzusetzen, ihn kritisch zu hinterfragen, seine Möglichkeiten auszuloten und persönliche Haltungen aufzugeben oder zu festigen.» Der Anfrage folgten Lukas Bärfuss («Neutralität, um Himmels willen!»), Patti Basler («Neutralität aus der Pralinsenschachtel. Irgendetwas kriegt man immer»), Samia Henni («Namen sind nicht neutral»), Rohit Jain im Austausch mit Rami Msallam («Sich der Neutralisierung widersetzen?»), Marco Jorio («Nachtmahr Neutralität»), Helen Keller («Die Neutralität und ihre Attribute»), Urs Meier («Doppelt neutral»), Fatima Moumouni («Neutral? Die Schweiz ist nicht»), X Noëme aka X Schneeberger («Switzerland's Ex-Supermodel Neutrality»), Linus Schöpfer («Ein neutrales Land muss sich im Extremfall entscheiden») und Luzia Tschirky («Neutralität. Kein Massstab für JournalistInnen»).



Katharina Ammann: Bassma El Adisey: **Modell Neutralität**. Aargauer Kunsthaus/Verlag Scheidegger & Spies, Zürich 2025, Taschenbuch, 272 Seiten, 80 farbige und 12 schwarzweisse Abbildungen, Fr. 43.90.

Was auf dem Spiel steht Impulstagung zur Neutralitätsinitiative

**Sonntag, 18. Mai 2025, 10 bis 16 Uhr
Bernisches Historisches Museum, Bern**

Die Neutralitätsinitiative, die die «immerwährende und bewaffnete Neutralität» in der Verfassung festschreiben und primär auf die Aufhebung von völkerrechtlichen Sanktionen zielt, steht ante portas. Im Sommer wird sie das Parlament behandeln, eine Volksabstimmung könnte noch in diesem Jahr erfolgen. Der Bundesrat lehnt sie ab, weil ein starres Neutralitätsverständnis nicht im Interesse des Landes sei und sie seinen aussenpolitischen Handlungsspielraum einschränke.

Was wären die Folgen der Neutralitätsinitiative? Die Impulstagung des Schweizerischen Friedensrates wendet sich an interessierte Personen aus Gesellschaft und Politik, um die negativen

Auswirkungen des Volksbegehrens zu diskutieren und für eine glaubwürdige und solidarische Sicherheitspolitik zu plädieren. Zuerst wird die Neutralitätsinitiative diskutiert und eingeordnet, ein Podium klärt Argumente und Gründe für eine Ablehnung. Danach folgen Gespräche und Statements von Personen, die sich seit Jahren mit den Fragen rund um die Neutralität beschäftigen. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen und beleuchten die Umsetzung völkerrechtlicher Neutralitätspolitik.

Die Veranstaltung ist kostenlos. Über Mittag wird ein Stehlunch angeboten. Anmeldung und Informationen:

info@friedensrat.ch

Positiv-Szenario 2025-2040

Die bundesdeutsche Initiative *Sicherheit neu denken*, die wir in einem Dossier in unserer Ausgabe 35 vom Dezember 2020 vorgestellt haben (*Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040*), hat Anfang Jahr eine neue Denkschrift mit dem Szenario für eine Rolle Europas für den Frieden in der Welt herausgegeben.

Die Denkschrift skizziert ein positives Zukunftsszenario für Europa bis 2040, das auf einer zivilen Konflikt- und Friedensordnung basiert, die Russland miteinbezieht. Im Mittelpunkt stehen die Überwindung imperialer Dominanzbestrebungen Russlands, Chinas und der USA sowie die Förderung fairer, menschenrechtsorientierter Partnerschaften mit Afrika und China.

Konkrete Meilensteine umfassen u.a. Friedensverhandlungen für die Ukraine und eine neue UNO-Charta. Fünf Säulen beschreiben die mögliche zivile geopolitische Rolle Europas: Ökologische Sicherheit, gerechte Ressourcen-

verteilung, inklusive Sicherheitsstrukturen, Freiheit und Menschenrechte sowie globale Abrüstung. Das Szenario betont die Notwendigkeit eines globalen Paradigmenwechsels hin zu zivilen Konfliktlösungen und Kooperation. In zehn Schwerpunkten wird die mögliche zivile Rolle Europas in einer globalen Friedens- und Sicherheitsordnung bis 2040 aufgezeigt.

Einleitung

– Betont wird die Möglichkeit eines gewaltvermindernden, sicheren Europas, das nachhaltige Lösungen für aktuelle Probleme bieten kann.

– Der Fokus liegt auf der Notwendigkeit eines Wandels von militärischer Dominanz zu einer zivilen Geopolitik Europas in der Welt.

1. Europäische Konflikt- und Friedensordnung

– Europa kann einen Raum für Sicherheit schaffen, der Russland miteinbezieht.

– Die europäischen Nato-Staaten sind Russland bei nüchterner Betrachtung militärisch weit überlegen. Überzogene Bedrohungsszenarien in Bezug auf Russland sollen überwunden und Russland durch Verhandlungsangebote überzeugt werden, seine Androhung und Ausübung von Gewalt zu beenden.

2. Überwindung imperialer Dominanz

– Europa soll sich für die volle Umsetzung des Gewaltverbots, wie es in der UNO-Charta festgehalten ist, einsetzen und bei der Suche nach politischen Lösungen für internationale Konflikte vermitteln.

3. Neutralitätssicherung in Osteuropa

– Europa soll Vorschläge für eine UNO-gesicherte Neutralitätszone zwischen Nato-Staaten und Russland schaffen, um Spannungen abzubauen.

4. Transatlantische Beziehungen

– Europa schafft eine Balance zwischen seinen mit den USA gemeinsamen Werten und den unterschiedlichen Interessen, die eine europäische Souveränität erstrebenswert machen.

5. Sicherheit im Nahen Osten

– Europa soll sich für eine Konferenz zur Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten / Westasien einsetzen, um dort einen nachhaltigen Frieden zu ermöglichen.

6. Partnerschaft mit Afrika

– Eine kritische Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und die Entwicklung einer versöhnten partnerschaftlichen Beziehung mit afrikanischen Staaten sind zwingend.

7. Kooperation mit China

– Eine faire und menschenrechtsbewusste Zusammenarbeit mit China soll angestrebt werden, ohne auf Konfrontation zu setzen. Systemische Rivalitäten der USA mit China sollte Europa nicht befördern.

8. BRICS-Staaten als Partner

– Eine stärkere Beziehung zu den BRICS-Staaten soll aufgebaut werden, um eine gleichberechtigte Weltordnung zu fördern.

9. Fünf Säulen ziviler europäischer Geopolitik

– Umfassende ökologische Sicherheit, gerechte Ressourcennutzung inklusive Sicherheitsstrukturen, Freiheit und Menschenrechte sowie globale Abrüstung sind zentrale Bausteine des Szenarios.

10. Meilensteine bis 2040

– Eine Zeitlinie wichtiger möglicher Ereignisse skizziert die denkbare Umsetzung des Szenarios, darunter Friedensverhandlungen in der Ukraine, die Schaffung einer neuen UNO-Charta und der Beginn globaler Abrüstung.

Das Szenario ist unter www.sicherheit-neudenken.de als PDF erhältlich.



Wiedereinführung der Gewissensprüfung?

Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) hat am 28. Januar 2025 ein Postulat zur Wiedereinführung der Gewissensprüfung verabschiedet und will damit das Rad der Zeit zurückdrehen. Ebenfalls fordert sie mit einer Motion die sofortige Einführung einer Sicherheitsdienstpflicht. Unter dem Deckmantel eines angeblichen Alimentierungsproblems der Armee und des Zivilschutzes wird versucht, den Zivildienst massiv zu schwächen. Diese Rückschritte sind für den Schweizerischen Zivildienstverband Civiva inakzeptabel. Er fordert den Nationalrat dringend auf, die beiden Vorstösse abzulehnen.

Seit Jahren werden angebliche Alimentierungsprobleme der Armee herbeigeredet, die bis heute nie gestimmt haben und nie mit stichhaltigen Prognosen untermauert werden konnten. So schreibt der Bundesrat im Januar in seinem Bericht zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems, dass die Alimentierung «mittelfristig unsicher» sei. Unter diesem Deckmantel versucht die SiK-N nun, den Zivildienst massiv zu schwächen und Zivildienstleistende erneut einer aufwendigen Gewissensprüfung zu unterziehen.

In seinem zweiten Bericht zu den Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst vom Juni 2012 kommt der Bundesrat zu dem klaren Schluss, dass einerseits eine Gewissensprüfung nicht selektiert, da «fast jeder angehörte Gesuchsteller zugelassen wurde». Andererseits würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt, weil der Bundesrat davon ausgeht, dass ein Rückgang der Zulassungen zum Zivildienst eine Zunahme der Ausmusterungen aus der Armee aus medizinischen Gründen zur Folge hätte.

Der Bundesrat weist darauf hin, dass nach der Abschaffung der Gewissensprüfung die «Zunahme bei den Zulassungen zum Zivildienst zu zwei Dritteln durch einen Rückgang bei den Abgängen der Armee wegen Militärdienstuntauglichkeit kompensiert wurde». «All diese Erkenntnisse, die der Bundesrat nach der Abschaffung der Gewissensprüfung gewonnen hat, zeigen klar, dass die einzige Auswirkung einer Wiedereinführung der Gewissensprüfung massive Einschrän-

kungen im Zivildienst und ein Drangsaliieren von Zivildienstleistenden zur Folge hätte», so Fabien Fivaz, Nationalrat und Co-Präsident von Civiva. Die Wiedereinführung der Gewissensprüfung würde massive Mehrkosten verursachen. In der Botschaft zur Einführung des Tatbeweises geht der Bundesrat davon aus, dass durch die Abschaffung der Gewissensprüfung Kosteneinsparungen von 3,6 Millionen Franken erzielt werden können.

Die verlangte Einführung einer Sicherheitsdienstpflicht, welche vom Bundesrat mit Investitionskosten von 900 Millionen sowie jährlichen Mehrkosten von ebenfalls 900 Millionen beziffert wird, wurde gerade wegen den Kosten vom Bundesrat abgelehnt. «Während im Bundesrat um jede Million gerungen wird, soll im VBS immer noch mehr Geld ausgegeben werden, ohne eine Garantie auf konkrete Auswirkungen», so Priska Seiler Graf, Nationalrätin und Co-Prä-

sidentin von Civiva. Sie führt weiter an, dass «eine Schwächung des Zivildienstes dazu führen würde, dass diese wichtigen und unentbehrlichen Leistungen erschwert würden. Dies wäre ein grosser Verlust für die Schweiz und würde die Gesellschaft als Ganzes schwächen.»

Da in der Sicherheitsdienstpflicht Zivilschutz und Zivildienst zusammengelegt würden, rechnet das VBS damit, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form massiv verkleinert und geschwächt würde. Wie schon bei der Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes ist für Civiva klar, dass allfällige Alimentierungsprobleme des Zivilschutzes intern beispielsweise mit der Rücknahme der Verkürzung der Dienstdauer erreicht werden können. Für Civiva ist daher klar, dass der Nationalrat diese beiden Hüftsüsse der SiK-N dringend korrigieren muss.

Civiva, 28. Januar 2025

Balthasar Glättli: Es kommen die Richtigen. Klarstellungen zur aktuellen Schweizer Asyldebatte

Der Grünen-Nationalrat und **FRIEDENSZEITUNG**s-Kolumnist Balthasar Glättli nimmt den SVP-Wahlslogan «Es kommen zu viele. Und es kommen die Falschen» zum Anlass, «in Ruhe einige Dinge klarzustellen». Damit will er auch der Versuchung innerhalb der Linken entgegentreten, «dem vermeintlich unabänderlichen Trend zu folgen und auf die Erfolge der SVP und das Einschwenken der Freisinnigen und der Mitte ebenfalls mit einer – einfach etwas abgemilderten – Verschärfung der Positionen zu reagieren».

In überzeugend nüchternem Ton geht er in seiner Broschüre *Es kommen die Richtigen. Klarstellungen zur aktuellen Schweizer Asyldebatte* (erstmalig erschienen als Artikelserie im Zürcher *P.S.* und für die Publikation überarbeitet) auf folgende Themen ein: Stimmt es wirklich, dass die Schweiz auf eine jahrelange humanitäre Tradition zurückblicken kann? Welche Rolle spielt der europäische Visumszwang, dass Flüchtlinge gezwungen sind, unsichere Fluchtwege zu wählen?

Und kommen nicht die Richtigen, «wenn man als Ziel der Asylpolitik den Schutz für Schutzbedürftige definiert und nicht deren Abschreckung»? Abschliessend zeigt er auf, dass Bundesrat und Staatssekretariat für Migration durchaus Möglichkeiten für eine andere Asylpraxis hätten, «die sichere Fluchtwege stärkt und Asylsuchenden ein Leben in Würde ermöglicht».

Balthasar Glättli gelingt es, knapp und klar aufzuzeigen, wo die heutige Asylpraxis Mängel aufweist, wo Gefahr besteht, aufgrund der aktuellen Debatte in falsche Denkschemata zu verfallen, und – vor allem – welche Alternativen möglich wären. Mit seinen Ausführungen gibt er ein Instrument in die Hand, das es dringend zu nutzen gilt. Es befähigt, der Hetze gegen MigrantInnen mit Überzeugung entgegenzutreten. (Ist)

Balthasar Glättli: *Es kommen die Richtigen. Klarstellungen zur aktuellen Schweizer Asyldebatte*. BoD – Books on Demand 2024, 52 Seiten, Fr. 10.90.

Der Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Doppelmoral

Gibt es erste Ansätze zu Selbstkritik in der traditionellen deutschen Friedensbewegung? Der folgende Beitrag ist in der Ausgabe 1/2025 des *Friedensforums* erschienen, der Zeitschrift des Netzwerks Friedenskooperative (die Untertitel stammen von uns).

Putins Imperialismus hat einen alten Grundkonflikt der deutschen Friedensbewegung wieder aufbrechen lassen. Auch deshalb ist sie heute gespalten und orientierungslos.

/Pascal Beucker/

Viele scheinen sie schon vergessen zu haben: Als nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 seine eigentümliche «Zeitenwende-Rede» im deutschen Bundestag hielt, fand nur wenige hundert Meter davon entfernt eine riesige Friedensdemonstration statt. Nach Polizeiangaben waren es mindestens 100'000 Menschen, die VeranstalterInnen zählten sogar 500'000. Sie alle einte ihr tiefes Erschrecken über den russischen Angriff, ihre grosse Solidarität mit den überfallenen Menschen in der Ukraine und der drängende Wunsch nach Frieden. Blau-gelbe Ukraineфahnen wehten neben Weisse-Taube-auf-blauem-Grund-Transparenten.

Einfach nur den eigenen Frieden wieder haben wollen

Zu der Grossdemonstration hatte ein breites Bündnis aufgerufen: von klassischen Friedensorganisationen wie der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) oder Pax Christi über Gewerkschaften bis zu Umweltschutzverbänden und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). «Wir fordern die russische Regierung auf, sofort alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität wiederherzustellen», hiess es in ihrem

gemeinsamen Aufruf. Das war ihr Minimalkonsens. Es hätte der Beginn einer neuen, dringend notwendigen Antikriegsbewegung werden können, die sich auch dem geschichtsvergessenen Ansinnen entgegenstellt, Deutschland müsse wieder «kriegstüchtig» werden. Daraus ist leider nichts geworden.

Als der Ukrainekrieg im vergangenen Oktober wieder Menschen auf die Strasse des 17. Juni in Berlin zog, da waren es nicht nur wesentlich weniger, sondern die Fahnen wehten nicht mehr neben-, sondern auf getrennten Veranstaltungen gegeneinander. Den einen scheint die Empathie für die Menschen in der Ukraine verloren gegangen zu sein. Sie wollen einfach nur noch ihren Frieden haben. Bei den anderen hat sich das Denken ins Militärische verschoben, hin zu dem nicht besonders realitätstauglichen Glauben, dass sich der russische Imperialismus auf dem Schlachtfeld besiegen liesse. Die einen stehen den anderen unversöhnlich gegenüber. Und bei denen, die dazwischen stehen, herrscht Ratlosigkeit.

Die Doppelmoral des Reiner Braun

Der Krieg in der Ukraine hat auch die deutsche Friedensbewegung in Trümmer gelegt. Ein Grund dafür ist eine befremdliche Doppelmoral bei einem relevanten Teil der Bewegung. Als die Initiative «Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder» um die Altfriedensbewegten Reiner Braun und Willi van Ooyen für den 3. Oktober 2024 zu ihrer «Friedensdemonstration» in Berlin aufrief, benannte sie in ihrem Aufruf nicht mal mehr, wer wen angegriffen hat. Entsprechend fehlte auch die Forderung nach dem Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine.

Da habe man sich nicht festlegen wollen, begründete das Braun in einer Pressekonferenz wenige Tage vor der Demonstration. Eine eigentümliche Antwort, denn bei früheren Kriegen war es gar keine Frage, was die Friedensbewegung forderte, etwa «Amis raus aus dem Irak!» «Wir hatten damals eine ganz

andere historische Situation, eine ganz andere Vorgeschichte zu diesem Krieg», befand der frühere Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros (IPB) in Genf. Das stimmt: Seinerzeit ging es gegen die USA, jetzt geht es um Russland.

Doppelmoral führte schon einmal zum Bruch bei den Ostermärschen

Diese Doppelmoral hat in einem bestimmten politischen Spektrum Tradition. Und sie führte schon einmal zum Bruch. In der Nacht zum 21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR ein und schlugen gewaltsam den «Prager Frühling» nieder. Einen Tag nach dem Einmarsch stellten zentrale pazifistische Träger der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, die bis dahin die Ostermärsche in der Bundesrepublik organisiert hatte, den in der Bewegung aktiven Kommunisten in einem Offenen Brief eine entscheidende Frage: Ob sie bereit seien, kritisch zum Einmarsch in die ČSSR Stellung zu beziehen? Die Antwort auf diese Frage entscheide «jetzt über die Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit in der ausserparlamentarischen Opposition», schrieb der Kreis um Andreas Buro, Arno Klönne und Klaus Vack.

Sie kämen «zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung des Eingreifens der fünf sozialistischen Länder», antworteten am 31. August 1968 der marxistische Philosoph Robert Steigerwald und andere führende Kommunisten, die knapp einen Monat später zu den Gründern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) gehörten. Es sei ihre «Überzeugung, dass das militärische Eingreifen zur Sicherung der sozialistischen Ordnung in der ČSSR und damit des Status quo in Europa vor der akuten Gefahr eines gegenrevolutionären Auflösungsprozesses unvermeidlich war», teilten sie mit.

Taktisches Verhältnis zum Pazifismus

Daraufhin zerfiel die Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Ein Jahrzehnt

lang gab es keine Ostermärsche mehr in der Bundesrepublik. Erst nach dem Nato-Doppelbeschluss im Dezember 1979 lebte die Ostermarschbewegung wieder auf. Die gemeinsame Angst vor der atomaren Bedrohung liess Trennlinien in den Hintergrund treten. Aber der Grundkonflikt blieb ungelöst.

Je kleiner die Friedensbewegung in den vergangenen Jahrzehnten geworden ist, desto mehr an Einfluss scheint jener Teil gewonnen zu haben, der schon immer ein eher taktisches Verhältnis zu Pazifismus und Antimilitarismus hatte. Wobei zwar von dieser Fraktion weiterhin die USA als singulärer Hauptfeind von Frieden und Entwicklung begriffen wird, von der einstigen Sowjethörigkeit aber nur ein dumpfer Antiimperialismus geblieben ist. Die Folgen sind ebenso kurios wie fatal.

Keine Friedensdemonstration, sondern eine für den Okkupanten

Die westliche Friedensbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich stets als humanistisch und in ihrer weit überwiegenden Mehrheit als linksliberal oder links verstanden. Über die realsozialistischen Staaten und deren Potentaten gab es zwar kontroverse Auffassungen. Über rechte europäische Diktatoren wie António de Oliveira Salazar in Portugal, Francisco Franco in Spanien oder Georgios Papadopoulos in Griechenland gab es die jedoch nicht. Sich damit gemein zu machen, wäre keiner Fraktion der Friedensbewegung auch nur im Traum eingefallen. Bei der Haltung gegenüber Wladimir Putin sieht das heute anders aus. Obwohl er unzweifelhaft ein verbrecherischer rechter Autokrat ist.

Auf der Demonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin erntete der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner bereits für die bloße Feststellung, bei dem Überfall auf die Ukraine handle es sich um «einen russischen Angriffskrieg, der jeden Tag Tod und Zerstörung» bringt, ein wütendes Pfeifkonzert. Wer jedoch schon die Aussprache einer solch unbestreitbaren Tatsache für unerträglich hält, der oder die demonstriert nicht für den Frieden, sondern für den Okkupanten.

Drei Jahre russischer Angriffskrieg – nur ein kleiner Fehler?

Obwohl ein Angriffskrieg nach geltendem Völkerrecht an sich schon ein Kriegsverbrechen darstellt, sehen jene, die sich heute im Umfeld des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) be-

wegen, ihn im Fall Russlands nur als «Fehler» eines Staates an, dem man aufgrund seiner Widerständigkeit gegen den Dominanzanspruch des westlichen Kapitalismus grundsätzlich wohlwollend gegenübersteht. Entsprechend relativiert wird der Völkerrechtsbruch mit dem Verweis, dass die USA doch schon viel mehr und schlimmere Völkerrechtsbrüche begangen hätten, wie es Oskar Lafontaine auf dem Bündnis-Sahra-Wagenknecht-Bundesparteitag am 12. Januar 2025 in den Saal gebrüllt hat.

Viel ist durcheinandergeraten. Selbst die Forderung nach Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine in Deutschland und der EU gehört dank des BSW und seiner flüchtlingsfeindlichen Politik nicht mehr zum friedensbewegten «Minimalkonsens». «Unser Marsch ist eine gute Sache, weil er für eine gute Sache geht», heisst es

in dem bekanntesten Ostermarschlied, geschrieben Anfang der 1960er-Jahre. Doch daran haben heutzutage viele aus gutem Grund erhebliche Zweifel.

Weiterhin gibt es in der Friedensbewegung höchst integre Menschen und Organisationen, wie zum Beispiel die DFG-VK. Sie scheinen jedoch derzeit zu schwach zu sein, um den problematischen Teil an die Seite zu drängen. Das wäre aber eine Voraussetzung für eine Renaissance der Friedensbewegung, die doch angesichts des gefährlichen gegenwärtigen Wettrüstens eigentlich dringend notwendig wäre.

Pascal Beucker, geboren 1966 in Düsseldorf, ist Redakteur im Parlamentsbüro der *tageszeitung* (taz) in Berlin und hat seinerzeit den Kriegsdienst verweigert. Kürzlich ist von ihm ein 178 Seiten starkes Bändchen für 19 Euro erschienen, das zweite innerhalb einer Trilogie zu Krieg und Frieden des Stuttgarter Kohlhammer Verlages: **Pazifismus – ein Irrweg?**

WWW.BODENSEE-FRIEDENSWEG.ORG

Internationaler Bodensee-Friedensweg

SOZIAL
GEISTIG
WIRTSCHAFTLICH
MILITÄRISCH

WAS FRIEDEN SCHAFFT
NEUGIER STATT SPALTUNG

OSTERMONTAG, 21.04.25
TREFFPUNKT: 13 UHR BREGENZ (AT), KORNMARKTPLATZ

Friedensmarsch zum Platz der Menschenrechte mit Impulsvorträgen von Univ. Prof. Helga Kromp-Kolb (Klimawissenschaftlerin BOKU), Dr. Bruno Kern (Wirtschaftsphilosoph, Theologe) und Pete Hämmerle (Peaceworker, Int. Versöhnungsbund Wien) Konzert, Markt der Möglichkeiten, Redner:innengespräche uvm.

bodensee_friedensweg facebook.com/Bodensee.Friedensweg

Spendenkonto: Förderverein Bodensee-Friedensweg, CH-9400 Rorschach, Für die Schweiz: CH56 0900 0000 6025 8021 0 Für Österreich und Deutschland: CH62 0900 0000 9168 2217 5, VIdP: Frieder Fahrbach, Lindau, bfwfahrbach@aol.com

ZUM PROGRAMM

Drei Jahre Krieg gegen die Ukraine, keinerlei Solidarität mit den Angegriffenen, kein Protest gegen die atomaren Drohungen Putins: Der Bodensee-Friedensweg übt sich an diesem Ostermontag in Ignoranz. Und ein Redebeitrag aus der Schweiz fehlt.

Die Schweiz kann viel mehr tun



Am 22. Februar 2025 fand in Bern anlässlich des dritten Jahrestags des russischen Angriffes eine Solidaritätskundgebung für die Ukraine statt. Die Forderungen des Ukrainischen Vereins in der Schweiz an den Bundesrat sind trotz oder wegen Donald Trumps Absicht, der Ukraine einen Diktatfrieden aufzuzwingen, umso dringender, insbesondere gilt dies für die folgenden:

- das Sanktionsregime verschärfen,
- die eingefrorenen russischen Vermögen zur Unterstützung der Ukraine verwenden,
- die Hilfe für ukrainische Geflüchtete fortsetzen,
- sich für einen gerechten, nachhaltigen Frieden einsetzen.

Russlands unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression gegen die Ukraine stellt eine enorme Bedrohung für die europäische und globale Sicherheit dar. Drei Jahre lang kämpft die Ukraine tapfer und verzweifelt für ihre Souveränität. Was als Invasion begann, hat sich nun zu einem Zermübrungskrieg entwickelt, dessen Ende nicht in Sicht ist. Dank der zunehmenden militärischen Zusammenarbeit mit anderen autoritären Regimen – Nordkorea, Iran und China – kann sich Russland weiterhin leisten, den Krieg zu führen und der ukrainischen Bevölkerung unermessliches Leid zuzufügen.

Tausende ukrainische Kinder wurden gewaltsam nach Russland deportiert, um sie zu «russifizieren» und ihre kulturelle Identität auszulöschen. Die

russischen Streitkräfte greifen wahllos Städte aus der Luft an, um die Zivilbevölkerung ohne Elektrizität, Heizung und Grundversorgung zu lassen. In den durch Russland besetzten Gebieten herrschen Mord, Folter und Misshandlungen. Auf dem Schlachtfeld haben russische Truppen verbotene chemische Waffen eingesetzt und Gräueltaten an Kriegsgefangenen begangen. Das Ausmass der Zerstörung umfasst nicht nur Menschenleben und das Gefüge der ukrainischen Gesellschaft, sondern auch in gravierender Weise die Umwelt.

Die Schweiz hat mit humanitärer Hilfe und grosszügiger Unterstützung der Geflüchteten eine bemerkenswerte Solidarität mit der Ukraine bewiesen. Doch diese Welle der Unterstützung scheint an Schwung zu verlieren. Ende 2024 beschloss das Parlament, die Anwendung des Schutzstatus S nur noch auf Geflüchtete aus bestimmten Gebieten zu beschränken, was die Gefahr birgt, dass viele gefährdete Ukrainerinnen und Ukrainer keine Möglichkeit mehr haben, Schutz zu bekommen. Russische Bomben treffen das ganze Land.

Der Ukrainische Verein in der Schweiz schätzt die Solidarität der Schweizerinnen und Schweizer sehr und ruft zu einer weiteren und – wenn möglich – sogar noch verstärkten und vor allem nachhaltigeren Unterstützung auf. Wir fordern entschlossene Massnahmen, um Hilfe zu leisten, der Aggression entgegenzutreten und auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten:

– Stärkung des Sanktionsregimes

Konsequente Unterbindung des sanktionswidrigen Rohstoffhandels durch Schweizer Firmen und deren ausländische Niederlassungen, also die lückenlose Umsetzung des 14. EU-Sanktionspakets.

– Wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine verstärken

Verstärkung der Minenräumaktionen, mehr wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und um die Implementierung wichtiger Reformen zu ermöglichen.

– Eingefrorene russische Vermögenswerte nutzen

Die in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von 7,4 Milliarden Franken könnten zum Beispiel als Sicherheiten für Kredite zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden.

– Kriegsverbrechen bestrafen

Aktive Mitarbeit bei der Schaffung eines internationalen Tribunals zur Untersuchung und Verfolgung von verbrecherischen Angriffen, von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es darf keine Ausnahmen bei der Vollstreckung des internationalen Haftbefehls gegen Wladimir Putin geben.

– Die inhaftierten ukrainischen Zivilisten retten, bei Rückführung ukrainischer Kinder helfen

Unterstützung der multilateralen Initiativen zur Freilassung Tausender ukrainischer ZivilistInnen, die von Russland unter unmenschlichen Bedingungen illegal festgehalten werden, sowie der Initiativen, ukrainische Kinder in ihre Heimat zurückzubringen.

– Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge fortsetzen

Die andauernde russische Aggression, die laufenden Luftangriffe auf das ganze Staatsgebiet der Ukraine und die mutwillige Zerstörung der kritischen Infrastruktur sollen zu einer Fortführung der bestehenden Politik bezüglich Status S in unveränderter Form führen.

– Die russische hybride Kriegsführung und Propaganda bekämpfen

Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen russische Desinformation und hybride Kriegsführung, um unsere Lebensweise und Demokratie zu schützen.

Aarauer Demokratietage

Demokratie im Krieg: Rolle der Schweiz
Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA),
Villa Blumenhalde, Küttigerstr. 21, Aarau.
Programm und Anmeldung: www.zdaarau.ch/de/aarauer-demokratietage

Freitag, 4. April 2025 im ZDA

Panel 1: «Demokratie, Frieden und Krieg», 9.30 – 11 Uhr

Dr. Hannah Smidt, Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen: «Demokratischer Frieden: Wunschvorstellung oder Realität?»

Dr. Martin Dahinden, Lehrbeauftragter an den Unis Genf und Zürich: «Kann Demokratie Kriege vermeiden?»

Prof. Dr. Laurent Goetschel, Direktor von Swisspeace und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel: «Wie kann man die Demokratie vor Kriegen schützen?»

Panel 2: «Die Neutralität der Schweiz – Politische Spielräume und rechtliche Grenzen», 11.30 – 13.00 Uhr

Prof. Dr. Patricia Egli, Professorin für Öffentliches Recht, Uni St. Gallen: «Völkerrechtlicher Rahmen der schweizerischen Neutralität»

Prof. Dr. Evelyne Schmid, Professorin für Völkerrecht, Universität Lausanne: «Gibt es eine Pflicht zur Neutralität? Zur Kooperation gegen einen Aggressorstaat? Völkerrechtliche Debatten und ihre Auswirkungen für die Schweiz»

Prof. Dr. Odile Ammann, Rechtsprofessorin an der Uni Lausanne: «Welche Zukunft hat die Neutralität der Schweiz? Interpretation(en) eines Konzepts an der Schnittstelle zwischen Recht und Politik»

Panel 3: «Krieg und Frieden im Untergrund», 14.00 – 15.30 Uhr

Peter Gautschi, Geschichtsvermittler, Pädagogische Hochschule Luzern: «Propaganda, Angstmacherei oder Bildung für Gegenwart und Zukunft? Krieg und Frieden im neuen Bildungsmedium zur Schweizer Sicherheitspolitik»

Georg Marschnig, Universitätsprofessor für Geschichtsdidaktik Uni Wien: «Vergessene Kriege? Die (post)jugoslawischen Zerfallskriege als Leerstelle im österreichischen Geschichtsunterricht»

Luzia Tschirky, Journalistin: «Wie entsteht eine Berichterstattung über Krieg? Journalistische Arbeit in Zeiten digitaler Kriegsführung»

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES

**GEGEN NUKLEARE UND
MILITÄRISCHE AUFRÜSTUNG.
FÜR ECHTE SICHERHEIT
BERN, MONTAG
21. APRIL 2025**

**CONTRE LE RÉARMEMENT
NUCLÉAIRE ET MILITAIRE. POUR
UNE VÉRITABLE SÉCURITÉ !
BERNE, LUNDI
21 AVRIL 2025**



**13.15
BESAMMLUNG UND REDE |
RASSEMBLEMENT ET DISCOURS**

EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern

**13.30
START | DÉBUT**
Rede/Discours: Marc Jost, Nationalrat/conseiller national

Nehmt eure Friedensfahnen mit!
Emportez vos drapeaux de la paix avec vous !

**14.30
SCHLUSSKUNDGEBUNG |
MANIFESTATION DE CLÔTURE**

MÜNSTERPLATZ | PLACE DE LA COLLÉGALE
Friedenspolitische Redebeiträge
Discours sur la politique de paix
Unter anderen mit/entre autres avec
Lisa Mazzone, Präsidentin der GRÜNEN Schweiz/
Présidente des VERTE-S
Laurent Goetschel, Direktor/directeur swisspeace

MUSIK | MUSIQUE

TIJIR (TYIJA), Du und ich/toi et moi; Halena Simon
und Katharina Schmidt

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

Wir fordern vereint:

- den Beitritt der Schweiz zum internationalen Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW),
- die Stärkung der UNO und des Völkerrechts,
- den Verzicht auf die Lockerung der Kriegsmaterialgesetzgebung,
- den Stopp der milliardenschweren und planlosen Aufrüstung der Schweizer Armee,
- keine Kürzung der Gelder bei der internationalen Zusammenarbeit,
- eine Sicherheitspolitik, die auf einer nüchternen Bedrohungsanalyse beruht,
- den Stopp der andauernden Schwächung des Zivildienstes,
- ein Ende der geschlechtsspezifischen

Gewalt – kurz: eine feministische Sicherheitspolitik,
– ein Ende der rassistischen Asylpolitik und der Militarisierung von Grenzen,
– einen gerechten Frieden in den Kriegen in aller Welt, insbesondere in Nahost, in der Ukraine, im Sudan und in weiteren Konfliktregionen.

Wir gedenken

... 80 Jahre seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki und der 130'000 Toten,
... 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges und der 60 Mio. Toten,
... 50 Jahre Ende des Vietnamkrieges und der 1,4 Mio. Toten.

Russische Sprache in Geiselhaft

Die Redaktion der **FRIEDENSZEITUNG** hat den in der Schweiz lebenden russischen Schriftsteller Michail Schischkin (der in den letzten drei Jahren mehrmals Beiträge für die **FRIEDENSZEITUNG** geschrieben hat) angefragt, für die aktuelle Nummer eine Beurteilung der aktuellen Situation nach drei Jahren Krieg gegen die Ukraine sowie eine Einschätzung der möglichen Verhandlungen über einen Waffenstillstand abzugeben. Angesichts der rasanten Entwicklungen seit Mitte Februar 2025 musste Michail Schischkin den Auftrag zurückgeben. Er schrieb:

«In den letzten Tagen habe ich an unserem Interview gearbeitet, aber die politischen Ereignisse überschlagen sich. Man kann sich nicht vorstellen, was in einem Monat, einer Woche oder gar in einem Tag passieren wird. Und es ist ärgerlich, was vor sich geht. Wir haben bereits vor 20 Jahren gesehen, wie der Westen, verführt durch schmutziges Geld aus Russland, die aufkeimende russische

Demokratie verraten und der Putin-Diktatur auf die Beine geholfen hat. Jetzt verrät der Westen vor unseren Augen die Demokratie in der Ukraine.

Da es im Moment unmöglich ist, eine klare und kühle Analyse zu machen, habe ich mich entschlossen, nur auf Ihre letzte Frage – aber ausführlich – zu antworten.» Die Frage lautete: «Michail Schischkin, Sie stellen fest, dass im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine die gesamte russische Kultur unter Druck geraten ist. Dem wollen Sie entgegenwirken, indem Sie einen unabhängigen Literaturpreis für Werke in der russischen Sprache ausschreiben mit dem Ziel, russischsprachige Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die gegen den Krieg sind, zu unterstützen und ihre Werke im Westen bekannt zu machen. Der erste Preis soll im Mai verliehen werden. Können Sie uns mehr über Ihre Motivation und den Stand des Projektes berichten?»

Russlands Krieg gegen die Ukraine richtet sich nicht nur gegen ein Nachbarland, sondern auch gegen die humanistischen Werte der Weltkultur – Werte, die uns alle verbinden. Die russischsprachige Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des Weltkulturerbes. Das Putinsche Regime will auch die russische Sprache an sich reißen. In welcher Sprache schreiben der weltbekannte ukrainische Autor Andrei Kurkov oder die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch aus Belarus? Ja, sie schreiben russisch. Doch unsere Sprache wurde in Geiselhaft genommen.

Das bedeutet, dass für all jene, die mit der russischen Sprache arbeiten – SchriftstellerInnen, PhilologInnen, LiteraturwissenschaftlerInnen sowie westliche SlawistInnen und ÜbersetzerInnen aus dem Russischen – die Situation prekär geworden ist. Die SchriftstellerInnen mit Namen, die bereits viel übersetzt wurden, haben noch Chancen bei den westlichen Verlagen, aber für weniger bekannte oder für junge AutorInnen ist der Weg zu den LeserInnen hier so gut wie verschlossen. Das möchten wir ändern, denn die russische Sprache gehört nicht Diktatoren, sondern der Weltkultur.

Zusammen mit Schweizer Slawistik-ProfessorInnen habe ich den Verein

«Literaturpreis DAR» gegründet mit dem Ziel, weltweit russischsprachige SchriftstellerInnen zu unterstützen. Konkret heisst das: Aktuelle literarische Werke sollen juriert, die Gewinnertexte in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Zu diesem Zweck wurde der unabhängige DAR-Literaturpreis ins Leben gerufen. Das Wort «Dar» bedeutet «die Gabe». Es ist der Titel des letzten auf Russisch geschriebenen Romans von Vladimir Nabokov.

Der Preis besteht darin, die Übersetzung des Gewinnertextes zu finanzieren. Unser grosses Anliegen ist es, den Gewinnertext danach nicht einfach loszulassen, sondern dafür zu sorgen, dass er zu einem breiten Publikum findet. Eine internationale und hochkarätige Jury bei der Auswahl des Gewinnertextes garantiert die Qualität des Textes, der Preis wird jährlich vergeben.

Es ist wichtig zu betonen, dass der Literaturpreis DAR weder ein «russischer Preis» noch ein «Preis für russische Literatur» ist. Er ist vielmehr eine Plattform, um das gesamte Spektrum des Schreibens in russischer Sprache zu überdenken. Ebenso soll er sich zu einem Raum entwickeln, um neue Ansätze für die Literatur und das literarische

Leben ausserhalb der überholten staatlichen Strukturen zu ermöglichen. Der Preis steht allen offen, die auf Russisch schreiben und lesen, unabhängig von ihrem Pass oder ihrem Wohnsitzland.

Es geht um alle AutorInnen aus allen Ländern – auch aus Belarus, Litauen, Kasachstan, Israel, der Ukraine etc. –, die auf Russisch schreiben. Zu Mitstiftern des Preises gehören Swetlana Alexijewitsch, Ljudmila Ulitzkaya, Boris Akunin, Dmitri Glukhovski, Dmitri Bykov und andere bekannte AutorInnen. Es ist wichtig, dass auch ukrainische Verlage und ukrainische AutorInnen am Wettbewerb teilnehmen, geht es doch um die Entwicklung der Kultur nach dem Imperium, um die Dekolonisierung des Bewusstseins, um die Entstehung einer freien russischsprachigen Zivilgesellschaft. Dass der PEN International das Vorhaben ausdrücklich unterstützt, bedeutet uns viel.

Die politische Position des Preises wird unmissverständlich erklärt: Wir verurteilen die verabscheuungswürdige Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, wir sind gegen die repressiven Diktaturen in Russland und anderen Ländern (z.B. Belarus), wir unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit.

Bis zum 15. November 2024 durften prosaische Texte (veröffentlicht in den Jahren 2022 und 2023) eingereicht werden, wir bekamen über 150 Veröffentlichungen. Unmittelbar danach begann die Arbeit des Expertenrates, der aus bekannten LiteraturkritikerInnen besteht. Ende Januar 2025 wurde die Shortlist mit 12 FinalistInnen bekanntgegeben, dann begann die Arbeit der Jury. Im Mai 2025 wird die Gewinnerin oder der Gewinner feststehen.

Parallel zum Wettbewerb der Hauptjury findet eine Leserabstimmung in Form eines Crowdfundings statt: Auf der Website des Preises können die LeserInnen für einen oder mehrere in die engere Wahl gekommene AutorInnen stimmen – Mindestspende 10 Euro, nach oben gibt es keine Grenze. Die Spenden sind anonym. Das Crowdfunding ist eine finanzielle Unterstützung für alle FinalistInnen. Ich wäre den LeserInnen der Friedenszeitung sehr dankbar, wenn auch sie SchriftstellerInnen im Exil mit ihren Spenden unterstützen.

Michail Schischkin
Juryvorsitzender, Präsident des Vereins «Literaturpreis DAR»

Homepage (Russisch und Englisch):
<https://darprize.com/en/#about>

Nein zum Krieg und zur Zombie-Sprache

«Heute ist die russische Sprache voll von toten Worten, von Mörder-Worten, von Worten, die Hass und Feindschaft säen, von Lügen-Worten, von Worten der Schande. Von Zombie-Worten.» So schreibt der Autor Sergej Lebedew im Vorwort des von ihm herausgegebenen Bandes *Nein!*, dessen Titel gegen den Krieg anschreit, sich aber gleichzeitig auch als grundsätzlicher Widerstand gegen die Kaperung der russischen Sprache durch eine diktatorische, imperialistisch agierende Staatsmacht verstehen lässt. Die Anthologie versammelt Texte, die sämtlich nach dem vollumfänglichen Einmarsch Putins in die Ukraine im Jahr 2022 entstanden sind – die meisten wurden im Exil verfasst. Ihre AutorInnen leben jetzt in Deutschland, Georgien, Portugal, Tschechien, England, Israel, der Schweiz, den USA, der Türkei, Schweden, Finnland ... Die Aufzählung liesse sich fortsetzen.

In diesem Sammelband wird schmerzhaft sichtbar, dass der grösste Teil der kritischen literarischen Öffentlichkeit Russland verlassen hat, häufig unter grossen persönlichen Opfern. In deutschsprachigen Medien hört man allgemein recht wenig von diesen russischen Exilschicksalen, vor allem wenn die Betroffenen im Westen bisher noch nicht sehr bekannt waren. Auf die Mehrheit der AutorInnen dieser Anthologie trifft das zu. Drei Beiträge werden unter Pseudonym veröffentlicht, denn offenbar harren ihre UrheberInnen in Russland aus. Bei der Lektüre wird auch deutlich, wie wenig wir eigentlich mitbekommen von den gesellschaftlichen und privaten Verwerfungen, die der Krieg gegen die Ukraine in Russland selbst anrichtet. Wer im Land lebt, kann sich nicht gefahrlos kritisch äussern, und wer es ins Ausland geschafft hat, dessen Stimme verliert sich in der Ferne.

Prosa, Lyrik und dramatische Texte

Die literarische Bandbreite der in *Nein! [njet]* versammelten Texte ist gross. Nicht alles sind Prosastücke, auch Lyrik ist dabei und sogar Dramatik, zum Beispiel der grandiose Einakter «Wanja lebt» der Autorin Natalia Lizorkina, der schon vorher in verschiedene Sprachen übersetzt worden ist und bereits ein eigenes Leben

auf westeuropäischen Theaterbühnen führt. Unter den Prosatexten wiederum gibt es sowohl fiktionale Texte als auch solche von autobiografischem (beziehungsweise autofiktionalem) Charakter. Jana Kutschina erzählt in «Die Verliebten werden mich verstehen» am eigenen Beispiel vom prekären Leben gesellschaftlicher Minderheiten in Russland, Rita Loginowa schreibt über ehrenamtliches Engagement in der Aidshilfe in Sibirien, Lera Babizkaja vom Exildasein in Portugal und enger familiärer Bindung nach Russland trotz entgegengesetzter politischer Ansichten. In sehr vielen Texten, fiktional oder nicht, taucht dieses Motiv auf – die Schwierigkeit, miteinander zu sprechen, die Unmöglichkeit, sich gegenseitig zu verstehen oft der Abbruch jeglicher Kommunikation.

Die wenigen im Land verbliebenen, unter Pseudonym schreibenden AutorInnen verarbeiten das Leben in Russland nach Kriegsbeginn sehr eindrucksvoll. In Boris Klads Erzählung «Ein Mittel gegen Alzheimer» erleben wir eine absurde Begebenheit aus dem heutigen Moskauer Alltag: Weil man allzu schnell verhaftet werden kann, wenn man symbolisch Blu-

men an Denkmälern für Ukrainer ablegt, fährt das Erzähler-Ich mit seiner alten Mutter auf einen Friedhof, um anhand einer von Exilanten entwickelten App «ukrainische» Gräber aufzusuchen und dort Blumen zu verteilen – ein Erlebnis, das die demente Mutter in überraschender Weise belebt. Und in der surrealistisch-satirischen Erzählung einer Autorin mit dem märchenhaften Namen Moroska Morosowa wird die russische Märchenfigur Baba Jaga vor Gericht gestellt und in einen jener Glas-Schaukästen gesteckt – wir kennen sie aus den Fernsehnachrichten –, in denen man aus politischen Gründen Angeklagte während ihrer Prozesse ausstellt.

Die eigene Muttersprache entdecken

Es spricht sehr für den Herausgeber, dass er den Band mit zwei Texten abschliessen lässt, in denen die Sprach(en)-frage sozusagen von der anderen Seite betrachtet wird. Die in Udmurtien geborene Lena Beljajewa, die seit dem Ukrainekrieg begonnen hat, «ihre Muttersprache Udmurtisch zu lernen», wie es in der biografischen Notiz heisst, führt in ihrem Dramenfragment «Russisch als Fremdsprache» leere Sprachhüllen ad absurdum. Und die tartarische Autorin Dinara Rasuleva unterzieht in einem autobiografischen Text die eigene Russifizierung einem kritischen Rückblick und erzählt, wie sie erst als Erwachsene begann, ihre Muttersprache auch als Schriftsprache zu entdecken, zu schätzen und in sich zu entwickeln. Es ist eine wunderbare Paradoxie, dass dieses neuentdeckte Interesse für die unterdrückten Sprachen des Vielvölkerstaats Russland von Putins Einmarsch in die Ukraine so befeuert wird. Das könnte, falls die Tendenz bestehen bleibt, immerhin bedeuten, dass dieser grossangelegte Versuch, den alten russischen Imperialismus gewaltsam wiederzubeleben, gleichzeitig für den Abbau des kulturimperialistischen Denkens sorgt – zumindest bei einem Teil der Bevölkerung. Auch für die russische Sprache wäre es ja viel schöner, irgendwann in Zukunft nicht mehr als Sprache ungeliebter Kolonisatoren wahrgenommen zu werden.

Katharina Granzin, taz



Sergej Lebedew (Hg.): *Nein! Stimmen aus Russland gegen den Krieg*. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, 384 Seiten, Fr. 37.90.

Maksym Butkevych: Am richtigen Platz

Unmittelbar nach dem russischen Überfall auf die Ukraine rückte der ukrainische Pazifist und Menschenrechtsaktivist Maksym Butkevych in die ukrainische Armee ein. Ende Juni 2022 kam er in russische Gefangenschaft, mehr als zweieinhalb Jahre später, am 18. Oktober 2024 wurde er im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen. In einem Scheinprozess im März 2023 ohne ordentliche Verteidigung und mit einem erzwungenen Geständnis war er vom Obersten Gerichtshof der «Volksrepublik Luhansk» zu 13 Jahren Haft unter strengen Haftbedingungen verurteilt worden. Die Verurteilung bedeutete, dass er zwar im Krieg gefangen genommen wurde, trotzdem nicht hätte ausgetauscht werden können. Im Berufungsprozess im März 2024 wurde das Urteil kassiert.

Maksym Butkevych gehört seit spätestens den Maidan-Protesten zu den bekannten ukrainischen Friedensaktivisten, die bereits früh erkannten, was die Besetzung der Krim durch Russland für die Ukraine zu bedeuten hatte. 1977 in Kyjiw geboren, studierte er Philosophie in Kyjiw sowie Anthropologie in Sussex, wo er wichtige Kontakte zu

englischen und internationalen Organisationen knüpfte, die ihm bei seiner politischen Arbeit als Menschenrechtler und Journalist hilfreich wurden.

Gründer des Human Rights Center

In der Ukraine gründete er den unabhängigen Radiosender *Hromadske* sowie das Human Rights Center Zmina und das No Borders Project und setzt sich für die Rechte von Geflüchteten in seinem Land ein. Der Eintritt als Freiwilliger in die ukrainischen Streitkräfte bereits im Februar 2022 war für ihn nur ein logischer nächster Schritt im Rahmen seines bisherigen politischen Engagements.

Im Oktober 2024 erschien im Anthea Verlag das Bändchen *Am richtigen Platz. Ein ukrainischer Friedensaktivist im Krieg*, ein Jahr nach der Erstausgabe auf Französisch. Initiiert wurde es von Butkevychs Eltern, Freundinnen und Kollegen sowie von Zmina, das 2022 den Friedensnobelpreis erhielt. Es umfasst zum einen Texte von Butkevych seit 2004, die er vor allem online veröffentlicht hat, zum anderen Beiträge über ihn sowie zum Prozess gegen ihn. Das Buch sollte den Druck gegen die unrechtmässige Verurteilung Butkevychs erhöhen – als es auf Deutsch erschien, war er frei.

Westliche Scheuklappenmentalität

Im Band schärft sich das Bild eines jungen, erwachsen werdenden Mannes, der sich wehrt gegen Ungerechtigkeit und einsetzt für eine menschenwürdige Gesellschaft. Dass sich Pazifismus mit Waffenlieferungen und dem Dienst in der Armee vereinbaren lässt, ist und bleibt seine Grundüberzeugung. Denn – so führt er bereits im Frühjahr 2022 aus – «einige westliche Intellektuelle und Personen des öffentlichen Lebens sind der Ansicht, die Ukraine solle einen «Kompromiss» zu Russlands Forderungen finden, egal, wie sie lauten (und wie lauten sie übrigens?), oder die Grossmächte sollten die Ukraine mit Verweis auf einen «geopolitischen Realismus» dazu zwingen. Andere wiederum fordern, dass ihre Staaten keine Waffen in die Ukraine liefern, da dies «diesen hässlichen Krieg nur in die Länge ziehen würde», und stützen sich dabei auf

die Grundsätze des «Antimilitarismus», der «Neutralität» oder der «Gewaltlosigkeit».

Und fährt weiter: «Diese Vorschläge und Forderungen entpuppen sich schnell als Produkt einer Scheuklappenmentalität und sagen mehr darüber aus, was in den Köpfen ihrer BefürworterInnen vorgeht, als dass sie irgendeine Realität beschreiben: Kein Wunder, dass viele UkrainerInnen darauf reagieren, indem sie «gutwillige» Aussenstehende in die befreiten Gebiete und Kampfzonen der Ukraine einladen: Diese Reaktion ist nicht als Beleidigung gemeint, sondern als Anregung, sich den Tatsachen vor Ort zu stellen, anstatt sie in ein starres Schema spekulativer Vorstellungen zu pressen.» (Ist)

Maksym Butkevych: **Am richtigen Platz. Ein ukrainischer Friedensaktivist im Krieg.** Aus dem Ukrainischen, Englischen und Russischen von Steffen Beilich, Camilla Elle & Carlott Freigang für Gegensatz Translation Collective. Anthea Verlag, Berlin 2024, 138 Seiten, Fr. 21.50.

Schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Kontext

Veranstaltungsreihe des Instituts für Politikwissenschaft der Uni Zürich
Zeit: jeweils Donnerstag, 14.00–15.45 h
Ort: Hörsaal KO2-F-150, Uni Zürich

13. März: **Zivile Friedensförderung und Menschenrechte.** Mit Markus Heiniger, ehem. Programmleiter Friedensförderung im EDA, Sybille Obrist, Chefin Stab Frieden und Menschenrechte, EDA.

27. März: **Sanktionen-Politik und Exportkontrollen** als sicherheits- und ausenpolitische Instrumente. Mit Simon Plüss, Botschafter, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.

3. April: **Abrüstung und Rüstungskontrolle.** Mit Marina Wyss Ross, Chefin Rüstungskontrolle, Abrüstung und Cybersicherheit im EDA.

8. Mai: **Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat.** Mit Thomas Gürber, Stv. Staatssekretär, Chef Abteilung UNO des EDA.

22. Mai: **Aktive Neutralität.** Mit Micheline Calmy-Rey, Ex-Vorsteherin des EDA.

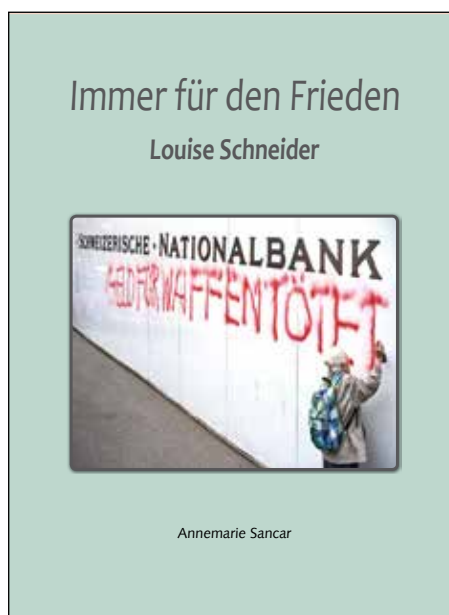


Immer für den Frieden

Auf der Titelseite des schmalen Bandes *Immer für den Frieden*, mit dem Annemarie Sancar die Friedensaktivistin Louise Schneider würdigt, ist das legendäre Foto von 2017 zu sehen, als die damals 86-jährige Bernerin erstmals zur Spraydose griff und die Bauwand vor dem Sandsteingebäude der Schweizerischen Nationalbank mit den Worten «Geld für Waffen tötet» zierte. Prompt wurde sie von der Polizei abgeführt – das Medien-echo war gross.

Schon als Kind lernte Louise von ihrem Vater, dass jeder Schlag zurückkomme. Früh wurde politisches Engagement für die Jugendliche und junge Frau zur Selbstverständlichkeit. Ebenso die Unabhängigkeit. Sie zog ins Welschland, entschied sich für eine Lehre auf der Gemeinde Uttigen. Dass der Pfarrer ihr erklärte, «dass das Gymnasium für unsereiner halt nicht möglich sei», hat sie ihm nie verziehen. Doch unterkriegen liess sie sich nicht.

«Ich glaube an das Kleine, ein Senfkorn», sagte Louise Schneider bereits 2014, und dieser Satz kann als ihre Lebensdevise gelten. «Aus dem Kleinsten kann etwas Grosses werden.» Der Wunsch nach Gerechtigkeit hat sie begleitet, ihr Glaube hat sie gestärkt. Menschen in Not zu begleiten, so habe sie es gespürt, seien Schritte hin zum Frieden.



Annemarie Sancar: *Immer für den Frieden* – Louise Schneider. BoD – Books on Demand 2025, 90 Seiten, Fr. 14.50.

Das Engagement für den Frieden wird zum Lebensinhalt.

Zuerst engagiert sie sich in der SP, doch dort eckt sie in den 1980ern immer mehr an. Wichtiger sind damals bereits seit Längerem die Begegnungen mit den «religiösen Sozialist:innen in Zürich» geworden. Hinzu kam 1982 die Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA, in der sich Louise Schneider seit den Anfängen engagiert. «Die Gruppe Schweiz ohne Armee prägt Louises politisches Handeln seit mehr als 40 Jahren. Sie unterstützt die Arbeit der Gruppe und vertritt ihre

Kolumnen von Monika Stocker

«Und wenn es auch anders ginge»

Monika Stocker mischt sich ein, seit eh und je und immer noch, selbstverständlich. Pünktlich am Letzten des Monats ist jeweils der neue Monatsbrief (kann abonniert werden) auf ihrer Webseite aufgeschaltet, in dem sie – immer mutmachend – aktuelle Themen aufgreift und sie persönlich beleuchtet. In ihren zahlreichen Büchern, die sie seit 2010 schreibt, erzählt sie von Menschen, die sie lieb gewonnen hat, die sie ärgern, denen sie mehr Gehör verschaffen will. Sie schafft Zusammenhänge, regt zum Nachdenken an. Ihre LeserInnen freuen sich über diese «Geschichten des Lebens», wie sie sie nennt.

Die neueste Publikation *Und wenn es auch anders ginge...* umfasst die Kolumnen, die Monika Stocker von 2016 bis 2024 in der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *Frauenstimme*, herausgegeben von den Frauen für den Frieden, veröffentlicht hat. Sie will mit dem Band «Frauen und ihre Geschichten, ihre Bemühungen, ihr Durchhalten und ihre Hoffnung sichtbar werden» lassen – wie sie im Vorwort ausführt. Sie greift Themen wie Klimawandel, Gewalt, Armut auf, beleuchtet sozialpolitische Fragen und erzählt von ihren Beweggründen, sich in der Grossmutterrevolution zu engagieren, «weil ich das Wort Revolution mag. Es ist ein starkes Wort, gerade weil es so gar nicht zum Grosi-Image passt.»

Positionen bis heute. Wenn möglich will sie vor Ort sein. Denn all die Begegnungen, Diskussionen, Aktionen für eine umfassende Friedenspolitik seien ihr einfach wichtig.»

Annemarie Sancar, promovierte Sozialanthropologin und Autorin des Bändchens, hat mit Louise Schneider über viele Jahre Gespräche geführt, die sie nun zu einem Porträt der 1931 geborenen Aktivistin zusammengefügt hat, das von einem wachen Mädchen aus einer «Büetzerfamilie» erzählt, die sich bereits früh in den Krisenjahren vor dem Zweiten Weltkrieg nicht kleinkriegen liess, und von einer mutigen Frau, die den Kampf für bessere Verhältnisse für alle bis heute weiterführt. (lst)

Monika Stockers Gedanken werden erweitert durch die Frauenporträts, die von Veronika Grütter Büchel stammen. Entstanden seien die meisten unterwegs, im Bus, im Tram, an Veranstaltungen. Auch sie erzählen Geschichten, die zu lesen dieses Buch einlädt. (lst)



Monika Stocker: *Und wenn es auch anders ginge...* Kolumnen Frauenstimme 2016–2024. Basel 2024, 160 Seiten, Fr. 25.–. Zu bestellen beim Sekretariat Frauen für den Frieden, Oberwilerstr. 50, 4054 Basel, sekretariat@frauenfuerdenfrieden.ch



DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Name, Vorname, Adresse

PLZ, Ort Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: info@friedensrat.ch